



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Gr. Inserationsgebühr für den Raum einer
fünfheligen Zeile in Beiträgen 1 $\frac{1}{4}$ Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 203. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 2. Mai 1862.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 1. Mai. Pfennig 2 Thlr. (Angestammte 4 Uhr 40 Min.) Staats-Schulden 90%. Preußens-Anleihe 123. Neuere Anleihe 107 $\frac{1}{4}$. Schles. Bank-Verein 97 $\frac{1}{2}$. Überholzschule Litt. A. 157. Oberholzschule Litt. B. 134%. Freiburger 129. Wilhelmshafen 46 $\frac{1}{4}$. Neisse-Brieger 75%. Tarnowischer 44 $\frac{1}{2}$. Wien 2 Monate 77 $\frac{1}{2}$. Oesterl. Credit-Altien 88. Oesterl. National-Anleihe 67 $\frac{1}{2}$. Oesterl. Lotterie-Anleihe 78%. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Altien 139 $\frac{1}{2}$. Oesterl. Banknoten 78%. Darmstadt 88%. Commandit-Antheile 97. Köln-Minden 182. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 65 $\frac{1}{2}$. Boerner Provinzial-Bank 97 $\frac{1}{2}$. Mainz-Ludwigshafen 125 $\frac{1}{2}$. Hamburg 2 Monat 150 $\frac{1}{4}$. London 3 Monat 6, 21 $\frac{1}{2}$. Paris 2 Monat 79 $\frac{1}{2}$. — Fonds fest.

Wien, 1. Mai. [Morgen-Course.] Credit-Altien 229, — National-Anleihe 85, 15. London 130.

Berlin, 1. Mai. Riojanen: niedriger. Mai-Juni 51 $\frac{1}{2}$, Juni-Juli 50 $\frac{1}{2}$, Juli-Aug. 49 $\frac{1}{2}$, Sept.-Okt. 48%. — Spiritus: unverändert. Mai-Juni 17%, Juni-Juli 17%, Juli-August 17%, Sept.-Okt. 18 $\frac{1}{4}$. — Rüdöl: matter. Mai 12%, Sept.-Okt. 12%.

D. Der preußisch-französische Handels-Vertrag.

Der Töry in dem gestürzten Whig-Ministerium, der Haupt-Gönner und Beförderer der schuzzöllnerischen Ideen und Interessen in Preußen, der frühere Handels- und jüngste Handels- u. Finanz-Minister Hr. von der Heydt wird dem neuen Abgeordnetenhaus den preußisch-französischen Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit seinen Zollveränderungen und Tarifreformen zur Genehmigung vorzulegen haben. Das neue Haus, wie immer auch zusammengesetzt, wird ihn genehmigen; sei es weil, sei es trotzdem ihm Hr. von der Heydt vorlegt, jedenfalls aber deshalb, weil sich keine Partei mehr in Preußen der Angriff verzieht, daß endlich die Schuzzölle und Finanzzölle hinüber zu führen sind, daß endlich der Zollverein aus seiner Versumpfung heraustritt und Tarifreformen einführen müsse, daß endlich Preußen den Widerstand brechen müsse, der von dem schuzzöllnerischen Süddeutschland unserem Fortschritte, unserem eignen Wohlstande entgegengesetzt wird.

Grafe die sonstige Stellung des Hrn. von der Heydt zu Freihandelsgrundzügen läßt uns mit Gewissheit voraussehen, daß der Vertrag nicht im Handels-Ministerium, sondern in dem auswärtigen Amt, in dem Gesamtministerium, und zwar in dem vorigen seinen Ursprung nahm, daß mindestens eben so wie die handelspolitischen auch die Interessen der äußeren Politik daran Theil nahmen. Das ist auch der Gesichtspunkt, welchen das wiener Cabinet und die süddeutschen Staaten hauptsächlich in's Auge fassen, und dem erst in zweiter Stelle der Gesichtspunkt verlegter schuzzöllnerischer Interessen folgt. Das Gifft, mit dem die wiener Blätter und die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ die Vorlage an die Zollvereins-Regierungen besprisen, ist deshalb schon jetzt so ätzender Natur, weil es aus der Politik gesegnet ist, weil sich jener Cabine und Zeitungen das Bewußtsein bemächtigt hat, daß hier ein Akt politischer Entschlossenheit von Seite Preußens vorliegt, der es gesetzt macht gegen die Angriffe Rechberg's in Wien und seine iden-tischen Noten, gegen süddeutsche Eisernschüleien und würzburger Conferenzen.

Hätte die preußische Regierung die vreuzischen Staatsbürger gewürdig, ihnen den genauen Inhalt des Vertrages mitzuteilen, ehe wir solchen aus süddeutschen Blättern erfuhren, so würden wir diesen Handelsvertrag ganz objektiv behandelt, ihn nur von der handels-politischen Seite aus beleuchtet, nur die Vortheile, die er uns gewährt gegen die Concessionen, die wie bei jeder Einigung, auch hier zugestanden werden müssten, abgewogen haben. Wie die Sache jetzt steht, müssen wir zugleich den Weg der Polemik beschreiten; wir müssen die Angriffe Oesterreichs und des Zollvereins auf beiden Feldern, auf dem politischen wie dem handelspolitischen bekämpfen; wir müssen mit dem Vorbehalt späterer Ausführlichkeit, in unsern ersten Artikeln wenigstens kurz alle Momente berühren, auf die es uns Preußen, auf die es allen im Zollvereine verbundenen Deutschen ankommt.

Preußen hat, sagen wir, einen Akt politischer Entschlossenheit geübt, als es diesen Handelsvertrag mit Frankreich paraphirte, weil es einer fremden Großmacht gegenüber sich als berechtigter Führer der deutschen kommerziellen Interessen benahm, gewissermaßen seine politische Ehre dafür verständete, daß es die Zollvereins-Staaten zum Beitritt bewegen würde. Sollte dies nicht bei allen möglich sein, so tritt für Preußen — und wahrscheinlich spricht das ein geheimer Artikel des Vertrages aus — die Notwendigkeit ein, für sich und mit den zustimmenden Staaten allein diesen Vertrag abzuschließen, dann aber auch die abgesunkenen Bündler aller Vortheile aus seinem Verkehr zu verabschieden, und sich außerdem an das Meer zu lehnen, um dort einen eben so bedeutenden Stützpunkt für seine Größe zu suchen.

Es ist aber auch ein Akt politischer Entschlossenheit gegenüber den Zollvereins-Staaten und Oesterreich.

Die Begründung des Zoll-Verein's war der bedeutendste handels-politische Akt dieses Jahrhunderts. Ihm nahe an Bedeutung kam später die Aufhebung der Kornzölle in England, und endlich die kaiserliche Entschließung vom 23. Januar 1860, welche Frankreich, seit Colbert das Eldorado aller Prohibitionisten und Schuzzöllner, für die Einfuhr englischer Waaren öffnete, und jetzt seinen Markt auch dem Zollvereine zu öffnen beabsichtigt. Der Zollverein war geistreicher und führer in seinem Beginnen, die Maßnahmen Englands' und Frankreichs waren es in der raschen Auseinandersetzung homogene Thaten.

Es ist natürlich, daß je mehr ein Werk wie der Zollverein an Wichtigkeit gewinnt, auch um so mehr die Schwierigkeiten wachsen, welche sich rings herum erheben. Ein Fortschritt verlangt den andern, die Geister werden aufgeregert durch die Hindernisse, welche entstehen, und schaffen Krise, die vielleicht naturgemäß nicht eingetreten wären, politische Interessen treten hinzu, die Leidenschaften steigen sich, internationale Eisernschüleien erwachen und die Konflikte werden immer ernster. Da bedarf es eines festen Entschusses, um ein Ende für die Nachgiebigkeit zu finden, welche schließlich das Prinzip der neuen Schöpfung, den Wohlstand des eigenen Volkes in Frage stellt. Preußen hat sich in dem fast dreißigjährigen Verlaufe des Zollvereins selten zu solchen Entschlüssen erhoben. Der Zollverein war das Schoßkind seiner Politik, der einzige wahre Erfolg in seinen deutschen Bestrebungen. Mit Recht schone es ihn bis zum Äußersten. Dennoch traten solche Momente, wie die oben erwähnten, ein. Es waren die, in welchen das Grundgesetz unserer Handelspolitik, das Gesetz vom 26. Mai 1818, das der nationalen Industrie Schutz gewährte, aber doch kein Einfuhr-Verbot gestattete, in seinen Grundlagen angegriffen wurde; in welchen man allzu stark rüttelte an dem so mäßigen Tarif von 1818, jenem Tarif des Justus-Milieu, der sich eben so fern vom Freihandel als von

der Prohibition hielt; der unsere Consumenten wenigstens nicht zwang, zu Gunsten einzelner Industrien sich arm zu machen; der unserer ackerbauenden Bevölkerung wenigstens die Möglichkeit ließ, ihre Produkte so billig zu erzeugen, daß sie dieselben auch nach auswärtigen Märkten verfanden, und damit Zahlung leisten konnte für das, was sie an Manufakturerzeugnissen des Auslandes beziehen mußte. Offerten wir doch trotzdem dabei immer noch jenen Grundsatz des Gesetzes vom Mai 1818, der da feststellte, daß selbst diese Zölle nur so lange in ihrer Höhe verbleiben sollten, bis unsere eigene Industrie mehr erstaart sei, und daß diese Zölle überhaupt 10 p.C. des Wertes der Waaren nicht übersteigen dürften.

Solche Momente der Entschlossenheit waren es, als Preußen, — nachdem es schon 1842 vergebens danach gestrebt hatte, den Steuer-Verein Hannover und Oldenburg mit seinen mehr als 2 Millionen Einwohnern, seiner Lage am Meere und seiner Beherrschung zweier wichtiger Flussmündungen, dem Zollvereine zu verbinden, und an dem Widerspruch des schuzzöllnerischen Südens gescheitert war — nun selbstständig am 7. September 1851 mit dem Steuer-Verein einen Vertrag unterzeichnete, wonach dieser von 1854 ab, dem damaligen Kündigungs-Termine des Zollvereins, sich Preußen anschloß. Trotzdem man dabei dem freihändlerischen Hannover ein größeres Précipuum an den Einnahmen des Zollvereins gewähren mußte, als dies 1842 nötig gewesen wäre, gaben doch die süddeutschen Staaten klein bei, und der Entschlossenheit wurde wie immer der Sieg.

So trat Preußen im Jahre 1851 in Wiesbaden von den Concessions zurück, die es bei der Zollkonferenz in Kassel im Jahre 1850 aus Furcht vor einer Sprengung des Zollvereines durch Oesterreich gemacht hatte, Concessionen, welche rein im Schuzzoll-Interesse gewährt, Erhöhungen auf Gewebe und Gespinsten, Zahlung voller Rückzölle bei Ausfuhr von Stoffen u. s. w. enthielten und einen Sturm des Unwillens bei unserer ackerbauenden Bevölkerung hervorriefen. Und trotz dieses Zurückziehens von Concessionen, die Anfangs als nicht genügend bezeichnet wurden, fügten sich wiederum die darmstädter, wiesbadener und würzburger Verbündeten.

So auch verweigerte Preußen den Beitritt zu den Zollconferenzen in Wien, als auf die berechnete Ruhe und Thatenlosigkeit Metternichs die abenteuernde Energie Schwarzenbergs gefolgt war, und dieser mit seinem Handelsminister Bruck Alles aufbot, um dem Zollverein seine schuzzöllnerischen, prohibitionistischen Zölle aufzudrängen, und dafür einen österreichisch-deutschen Zollverband mit einer um die Hälfte gesteigerten Bevölkerung anzubieten: Preußen blieb kalt gegenüber den Verabredungen Oesterreichs, Baierns, Sachsen, Württembergs, Badens, der beiden Hessen und Nassaus im April 1852 zu Darmstadt. Mehr die Thronbesteigung Napoleons als die Besorgniß vor Sprengung des Zollvereins war es, welche Friedrich Wilhelm IV. und Franz Joseph bewogen, am 19. Februar 1853 den Zollvertrag zwischen Preußen und Oesterreich zu unterzeichnen, dem am 4. April desselben Jahres die Verlängerung des Zollvereins auf neue 12 Jahre folgte.

Das wiener wie das berliner Cabinet gingen jedes mit einem halben Siege aus diesem Kampfe heraus, der möglicherweise im Jahre 1860 bei einer im Voraus bestimmten neuen Zolleinigung mit Oesterreich zu einem vollen Siege für das letztere geführt hätte, wenn nicht dort die Balutenvorhältnisse jede Zollverbindung unmöglich gemacht, wenn nicht bei uns die Regenschaft und Thronbesteigung König Wilhelms, die Berufung von Männern wie Schwerin, Patow und Auerswald, jede über das Maß hinaus gehende Concession außer Frage gestellt hätten.

Preußen, das diesmal mit der fremden Großmacht Frankreich und nicht mit einer deutschen Macht, Hannover, pactirt, hat die Rücksicht bewiesen, auch sich selbst nicht an diesen Vertrag gebunden zu erklären, wenn der Zollverein sich auflösen sollte. Es hat bei seinen Verbündeten das Annehmen nicht zu einer Zwangspflicht machen wollen. Aber es zeigt mit leuchtendem Finger auf einen Culturalstaat von nahe an 40 Millionen mit reichen Gefilden, reicher Bevölkerung und überseitschen Besitzungen, der ihm allenfalls Ersatz böte für eine Spaltung im Zollverein, und reichen Nutzen auch den andern deutschen Staaten bietet, wenn sie bei Preußen verbleiben. Es weist mit der andern Hand auf die Nordsee, das atlantische und das Mittelmeer, die wirklichen Verkehrsadern für den Export nach andern Welttheilen, und überläßt es den süddeutschen Staaten, zu entscheiden, ob denn das adriatische Meer mit seinen kleinen Küstengländern gleiche Vortheile schaffe. Preußen droht nicht, aber es zeigt, wozu es im Nothfall getrieben werden kann. Die preußische Regierung eben so wenig als die preußische Presse, ist geneigt, eine historisch geordnete That, wie den Zollverein, leichtfertig aufzugeben, so lange ein Fortschritt darin möglich ist. Wenn aber seine Wirkung nur die bleiben soll, welche auch der Prohibitionist Colbert schon im 17. Jahrhundert für Frankreich erreichte, die Zollschranken innerhalb des Landes, innerhalb Deutschlands niedergeworfen zu haben, wenn jeder Fortschritt zum Freihandel abgeschnitten, jede Rückkehr zu dem Grundgesetze von 1818 unmöglich gemacht werden soll, dann muß Preußen seine Augen auf das Meer richten, und die neue Handelspolitik möchte dann vielleicht noch segensreicher für das preußische Volk sein.

Was aber Oesterreich betrifft, so wünschen wir gerade nach diesem Handelsvertrag nichts eisriger, als daß es ihm bald gelingen möge, seine Balutenvorhältnisse so zu ordnen, daß es im Stande sei, nach dem 22. Artikel des Münzvertrages mit uns und nach der Ordre an die Nationalbank vom 31. August 1858 seine Noten zu jeder Zeit baar einzulösen, und wir werden ihm gern die Bruderhand reichen, daß es sich mit dem Zollverein nicht blos für seine deutschen, sondern für alle ihm angehörenden Staaten verbinden kann. Wir werden freilich nicht unsere berechtigte Hegemonie in der Handelspolitik Deutschlands opfern; wir werden keinerlei Concessionen an Oesterreichs Schutz-System machen, aber wir werden auch nicht so engherzig sein, frühere Angriffe auf uns rächen zu wollen, oder die Concurrenz der österreichischen Industrie zu fürchten. Und wir gestehen, daß diese Concurrenz eine bedenklichere werden kann, als die französische, weil sie auf demselben Felde statt hat, auf dem wir gewohnt sind, selbst die Waffen siegreich zu führen, auf dem Felde der Arbeit für die Massenconsumption, oder wie der Engländer sagt: der Consumption for the million, während Frankreichs Industrie mehr dem Wohlstande und dem Luxus dient. Wir Preußen, und besonders wir Schlesier an Oesterreichs Grenzen, und somit am meisten auf den Handel dorthin angewiesen, wissen recht wohl, daß die wollenen und halbwollenen, glatten und gemusterten Stoffe von Kumburg und Reichenberg, die Leinen-Industrie von

Oesterreich-Schlesien und Böhmen, der Kattun- und Wollendruck von Prag und Leitmeritz, die Tuch- und Buckskin-Fabrikation von Brünn, das Holzkohleisen von Steiermark, Ungarn und Kärnten, die leichten seidenen Waaren der Erblande gewaltige Concurrenten auf unserem und dem Zollvereinsmarkt, wie auf dem ganzen Weltmarkt sein können. Aber wie bei Beginn des Zollvereins die sächsische und die preußische Industrie sich mit Eiferfucht, Neid und Furcht betrachteten, und dann in sich selbst zu so erhöhter Stärke und Wohlstand gelangten, daß heute Sachsen, trotz aller Deutscschen Noten, sich zuerst dem neuen Handelsvertrag unterwirft, so sind wir überzeugt, daß eine eben solche Ausgleichung der Fabrikation auch später zwischen Oesterreich und uns eintreten wird.

Ehe wir das politische Feld verlassen, und zu der handelspolitischen Besprechung einzelner Paragraphen in einem zweiten Artikel übergehen, wollen wir noch einen Punkt besprechen, der von der österreichischen und süddeutschen Presse vorzugsweise zum Angriffe benutzt wird. Es handelt sich um den Artikel 31 des Vertrages, der da bestimmt, daß kein Ein- oder Ausfuhrverbot in Kraft zu setzen ist, welches nicht zu gleicher Zeit auf die andern Nationen Anwendung fände. Die österreichische Presse, welche dabei nur an die Ausfuhr von Pferden und Kriegsmaterialien denkt, sieht darin eine offensiviale Nebenabsicht. Aber ein solches Ausfuhrverbot in Kriegszeiten drückt weit mehr die Vorsicht aus, sich bei einem Kriege zwischen Nachbarstaaten und einer möglichen Mitverwicklung nicht selbst der Kriegsmittel zu berauben. Das internationale Recht sieht in einem solchen Ausfuhrverbot nach beiden Seiten hin weit eher die strikteste Wahrnehmung der Neutralität.

Aber hüllen wir uns nicht in Rechtsformen. Sagen wir offen, was das preußische Volk denkt. Wenn Oesterreich für seine dynastischen und legitimistischen Interessen, für die Aufrechthaltung der Secundo- und Tertio-Genituren des Hauses Habsburg, und eines damit verbundenen politischen Drucksystems, für eine ungerechte und unpraktische Verwaltung, und einen vielleicht schon unmöglich gewordenen Besitz von Venetien wiederum die Waffen ergreift, so wird das preußische Volk sich gerade so verhalten wie im Jahre 1859. Wenn aber Oesterreich für wirklich deutsches Recht und deutschen Besitz das Schwert ziege, oder wenn es auf deutschem Boden angegriffen werden sollte, ja, wenn es nur gehindert würde, die ihm freiwillig übertrogene Mission im Osten zu vollziehen, blos um die ihm angehörigen Staaten nicht sich selbst, sondern slavischem Schutz zu überliefern, so würden die preußischen Reiter, wie die preußischen Rossen, die preußischen Männer, wie ihre Waffen und Kriegsmunitionen zur Seite Oesterreichs sich zeigen; und der endlich erwartete Sieg, der diktirte Friedensvertrag würde ein preußisch-österreichischer sein, wie dieser Handelsvertrag ein preußisch-französischer ist und ein deutsch-französischer werden soll.

Die Fortsetzung des Staatsstreits in Hessen.

Wir thieilen unten die Verordnung mit, nach welcher den Neuwahlen in Kurhessen noch einmal — wenn wir nicht irren, zum viertenmale — das nicht blos von der öffentlichen Meinung in Deutschland, sondern auch von den meistern Regierungen verurtheilte octropierte Wahlgesetz vom Jahre 1860 zu Grunde gelegt wird. Da man seit Jahren der kurhessischen Regierung alles Mögliche zutraut, so kann man nicht sagen, daß die Wiederholung der Wahlen nach diesem nur durch die Gewalt aufrecht erhaltenen Wahlgesetz gerade überraschend gewirkt hätte; was liegt den Männern, welche das kurhessische Ministerium bilden, an den Rechten des Volkes? Was liegt ihnen an den Ratschlägen Preußens, doch endlich Schritte zu thun, um in Übereinstimmung mit dem Volke zu regieren? Sie wollen eben diese Übereinstimmung nicht; die Gewalt sagt ihnen besser zu, und es gibt ja Niemanden, der sie daran hindert. Das also ist es nicht, was unsere Verwunderung auch nur im Mindesten erregen könnte.

Die Bedingungen aber, an welche nach jener Verordnung die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts geknüpft wird, der offene und ganz ungesheure Terrorismus, welcher das Wahlrecht der großen und ehrenhaften Majorität des kurhessischen Volkes geradezu entzieht und es einzig und allein einer winzigen Minorität hessischer Treubündler überliefert — für ein derartiges Verfahren einer deutschen Regierung suchen wir in unsrer sonst so reichen deutschen Sprache doch vergebens nach einer gebührenden Bezeichnung. In der That, wir sind versucht, die Mitglieder dieser liebenswürdigen Regierung für verfappie machiavellistische Republikaner zu halten, denn wenn ein Preis darauf gesetzt wird, wie am erfolgreichsten die monarchische Auctorität in Deutschland ruinirt werden kann — wir kennen glücklicherweise in Deutschland keine zweite Regierung, welche so viele Ansprüche darauf hätte, als die kurhessische.

Nun aber — jetzt berührt uns Preußen die Frage nicht blos, sondern sie ist nach diesem Va-banque-Spiel mehr als je zu einer brennenden Frage für uns geworden. Es ist ein Schlag und zwar ein recht derber und grober Schlag, der uns, uns Preußen versetzt wird. Preußen hat versprochen, das Recht in Kurhessen, ja überall, wo es in Deutschland gefränt wird, zu schützen: was wird diesem offenen Gewaltstreiche gegenüber das Ministerium „Wanderheydt-Hohenlohe“ thun? Der Moment ist schnell genug an die „neueste Aera“ herangetreten, wo sie zeigen kann, wie sie den Ausdruck: „moralische Eroberungen in Deutschland“ auffaßt. Was durch diese Verordnung den Kurhessern geboten wird — nun wir haben auch noch sonst etliche wohlgefahrene Regierungen in Deutschland, wie z. B. in Mecklenburg, aber das hat denn doch noch keine gewagt. Durch diese That der kurhessischen Regierung endlich, sollten wir meinen, sei die Frage aller diplomatischen Unterhandlungen, die, nebenbei gesagt, dem kurhessischen Volke auch nicht das Mindeste genügt haben, vollständig entrückt; jetzt, wenn irgend, ist für das preußische Ministerium die Zeit des Handelns gekommen. Wird es handeln?

Preußen.

Pl. Berlin, 30. April. [Der Zusammentritt des Landtags. — Die neuen Steuern. — Die Marine-Commission.] Die Regierung hat jetzt beschlossen, die Landtagssession schon am 16. Mai zu eröffnen, und zwar wird, so weit es bis jetzt bestimmt ist, die Eröffnung nicht durch den König in Person erfolgen; es würde die Vorlesung der Thronrede durch den Ministerpräsidenten seit 1858 zum erstenmale erfolgen. Dem Landtage wird lediglich das Budget, die Marine-Anleihe und der Handelsvertrag mit Frankreich vorgelegt

werden, dennoch möchte sich die Session mindestens zwei Monate hingehalten. Die Minister werden ihre Sommerreisen in diesem Jahre sehr beschränkt, da ihnen eine ausgedehnte Tätigkeit bevorsteht. — Der Finanzminister stößt mit seinen Steuerentwürfen, von denen ich neulich berichtet habe, selbst bei seinen Collegen auf Schwierigkeiten, mit der Erhöhung der Maischsteuer soll der Landwirtschaftsminister durchaus nicht übereinstimmen und die Tabaksteuer auch noch von anderen Seiten beanstandet werden, so daß es fraglich bleibt, ob diese überhaupt zur Ausführung gelangen werden; jedenfalls ist auch hier vor dem nächsten Winter ein legislatorisches Vorgehen nicht möglich. — Bekanntlich hat das Marineministerium eine aus drei Personen bestehende technische Commission nach England gesendet, um über die Panzerschiffe Kenntnisse zu sammeln und Bericht zu erstatten, jetzt ist der Commission der Auftrag geworden, zu demselben Zwecke nach Amerika zu gehen und über Frankreich zurückzufahren.

Berlin, 30. April. [Über das Wahlresultat] schreibt die „Börs.“: So weit sich bis jetzt das Wahlresultat übersehen läßt, haben von den sämtlichen 25 Städten des preußischen Staats, welche nach der neuesten Volkszählung eine Bevölkerung von mehr als 20,000 Seelen zählen, 22 Städte im Sinne der entschiedenen Opposition gewählt, nämlich Berlin, Breslau, Kdln., Königsberg, Danzig, Stettin, Magdeburg, Frankfurt a. d. O., Halle, Erfurt, Halberstadt, Potsdam, Brandenburg, Koblenz, Trier, Krefeld, Barmer, Elbing, Görslitz, Stralsund, Düsseldorf. Drei Städte: Bonn, Aachen, Münster haben ultramontan gewählt. Was die Provinzen anbelangt, so haben in den alten Stammprovinzen Brandenburg und Preußen die überwiegende Mehrzahl der Wahlkreise für die deutsche Fortschrittspartei gewählt, Dank den altprußischen Traditionen, die hier mächtige Wurzeln geschlagen. Ein fast eben so befriedigendes Resultat haben wir aus den Provinzen Sachsen und Pommern zu melden. Bis auf einige Bezirke in Hinterpommern und das Erzgebirge, hat das Volk überall in würdiger Weise auf die Drobungen und Schmälerungen der Fortschrittspartei wie der großen an Verfassung, Recht und Gesetz festhaltenden Partei geantwortet. In der Provinz Westfalen haben sich in dem Regierungsbezirk Münster, wie bisher, ultramontane Einfüsse geltend gemacht, und hier die Candidaten der liberalen Partei mehrfach aus dem Felde geschlagen; im Uebrigen hat in Westfalen die Fortschrittspartei glänzende Siege erlitten, und im Ganzen hat die entschieden liberale Partei bei den Wahlen mit überwiegender Majorität gesiegt. In der Rheinprovinz und Schlesien hat die ultramontane Partei über die Liberalen in einer Reihe von Wahlkreisen gesiegt, namentlich gilt das von dem Regierungsbezirk Aachen und dem Regierungsbezirk Oppeln, doch ist das Verhältnis für die liberale Partei nicht ganz so ungünstig wie bei den früheren Wahlen. Auch in der Provinz Posen hat die deutsche entschieden liberale Partei mehr Triumphe, als im vorigen Winter aufzuweisen. Deutale ministerielle Wahlen sind uns bisher nicht bekannt geworden.

Berlin, 30. April. [Die Spezialisierung der Staats. — Das va bauque-Spiel in Kassel. — Napoleon's Fernbleiben von London.] Man ist sehr gespannt auf die Ausführung, welche die vom Finanzminister angeregte Spezialisierung des Staatshaushalts-Staats in concreto erhalten wird. Bisher hat die „Sternzeitung“ nur lakonisch angekündigt, daß die Spezialisierung in Einnahme und Ausgabe angeordnet ist. Es fragt sich aber vor allen Dingen, in welchem Umfange die einzelnen Verwaltungs-Departements die Anordnung verwirklichen werden. Man wissen wissen, daß die einzelnen Ressort-Chefs sich vorbehalten haben, das Maß der Spezialisierung nach den ihren Verwaltungs-Bedürfnissen entsprechenden Grundsätzen zu bestimmen, und hiernach wäre es denkbar, daß die Verfahrungsweisen der einzelnen Ministerien ziemlich weit auseinander gingen. Nach dem bisherigen Verlauf der Dinge darf man annehmen, daß Herr v. d. Heydt das Prinzip einer ziemlich eingehenden Spezialisierung vertritt und seine Kollegen für ein gleiches Verfahren zu gewinnen sucht. Uebrigens erfährt man, daß in den ersten Conseil-Berathungen des früheren Ministeriums unmittelbar nach Aufführung des vorigen Abgeordneten-Hauses die Spezialisierung der Staats in Erwägung genommen wurde. Auch Herr v. Patow soll sich bereits dahin erklärt haben, daß die Zwischenzeit zwischen den beiden Sessioen zu benutzen sei, um die Spezialisierung auch schon für die Etat-Entwürfe des laufenden Verwaltungs-Jahres in Ausführung zu bringen. — Die Nachricht aus Kassel, welcher zufolge die kurfürstliche Regierung an der Verfassung und dem Wahlgesetz von 1860 festhält, und alle Zwangsmittel anwendet, um ihren Octroyirungen Anerkennung zu verschaffen, scheint unsere diplomatischen Kreise überrascht zu haben. Offenbar will die kasseler Regierung noch ein letztes va bauque-Spiel wagen. Man durfte von den dortigen Staatsmännern allerdings auch einen solchen Staatsstreich erwarten; aber der eigentliche Brennpunkt der Frage ist der, in wie weit sie zu ihrem Wagedstück durch österreichischen Einfluß ermuntert worden sind. Jedenfalls würden unsere Diplomaten sich einer starken Naivete schuldig machen, wenn sie dem Grafen Reichenberg nicht die Bielsteigheit zutrauen, daß er verschiedene Sprachen zu sprechen versteht, je nachdem er seine Depeschen nach Berlin oder nach Kassel richtet. — Die französischen Blätter melden jetzt, daß der

Kaiser nicht zum Besuch der Welt-Ausstellung nach London gehen werde. Sie erhalten dadurch die Bestätigung einer früher von mir gegebenen Nachricht. Napoleon III. läßt seinen negativen Entschluß laut verkündigen, weil es ihm nicht gelungen ist, eine spezielle Einladung des londoner Hofes zu erhalten. Ueberhaupt sollen in jüngster Zeit die Beziehungen zwischen Frankreich und England ziemlich laufen geworden sein.

Stettin, 29. April. [Die Erweiterung der Stadt.] In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetentheile der Vorständen folgenden Bescheid des Kriegsministers in der Frage wegen Erweiterung des Stadtgebietes, resp. Eingehens der Festung mit:

„Die von dem Herrn Ober-Bürgermeister Hering dem Herrn Minister des Innern am 18. Februar d. J. versiegelt zugestellte Adresse der städtischen Behörden von Stettin vom 12. ejusd. m. in Betreff der Erweiterung des Stadtgebietes ist Sr. Majestät dem König vorgelegt worden, und es hat auf allerhöchsten Befehl eine eingehende Erörterung dieser Angelegenheit, so wie der Frage über die Zulässigkeit des Eingehens der Festung Stettin stattgefunden. Nachdem Sr. Majestät der König das Resultat dieser Erörterung entgegenzunehmen geruht haben, ist von Allerhöchsttemselben befohlen worden, den Magistrat vorläufig zu benachrichtigen, daß Sr. Majestät Allerhöchst die Entscheidung auf die Bitte um Erweiterung des Stadtgebietes zwar noch vorbehalten, auf eine Schleifung der Festung Stettin einzugehen aber Bedenken tragen. Der Magistrat wird von diesem allerhöchsten Befehle hierdurch in Kenntnis gesetzt. Berlin, den 9. April 1862.“

Kriegs-Ministerium. v. Roon.“

Der Herr Ober-Bürgermeister fügte die Erklärung hinzu, daß die städtischen Behörden durch Vermittelung des Herrn Ober-Präsidenten nunmehr auf die möglichst baldige Erledigung der Frage wegen Erweiterung des Stadtgebietes hinzuwirken suchen würden, da hier von zahlreiche andere für unsre Stadt wichtige Fragen abhängig seien.

Halberstadt, 27. April. [Beschlagnahme.] Der „M. C.“ berichtet: Am 25. April wurde von der hiesigen königlichen Polizei-Direktion ein politisches Flugblatt konfiscat, das der „Halberstädter Zeitung“ beigelegt war. Es trug die Überschrift: „An den preußischen Landmann in den Kreisen Halberstadt, Oschersleben, Wernigerode“. Das Blatt war, wie wir hören, in Magdeburg gedruckt, die Druckerei auch angegeben, aber kein Verfasser oder Verleger.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 28. April. [Arbeiter zur londoner Ausstellung.] Die Redaktion des „Arbeitgeber“ indem sie den Beschluß des Nationalvereins, zwölf deutschen Arbeitern den Besuch der londoner Ausstellung auf seine Kosten zu ermöglichen, der öffentlich übergeht, fordert die volkswirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, Gewerbevereine, Arbeiterbildungsgesellschaften und große Industrielle auf, den Nationalverein der genannten Redaktion zur Verfügung gestellten Fonds von 2400 fl. durch freiwillige Beiträge verstärken zu wollen. Sie motiviert diese Aufforderung mit dem Wunsche, sämtliche wichtigen Industriezweige und alle deutschen Länder durch Arbeiter vertreten zu sehen, wo zu der vom Nationalverein angewiesene Fonds nicht ausreichen würde. Da die Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten der Redaktion des „Arbeitgeber“ anvertraut ist, so wäre es, um die Sache einheitlich zu leiten, am angemessensten, die Beiträge bei der Redaktion des „Arbeitgeber“ anzumelden, um die richtige Repartition zu treffen. Die Zahl der Anmeldungen und Gesuche hat innerhalb weniger Tage schon eine hohe Ziffer erreicht.

Stuttgart, 28. April. [Unser König] schwante gestern in größter Gefahr. Als er im zweispänen Wagen die Eisenbahnbrücke am Rosensteintunnel kaum einige hundert Schritte passirt hatte, kam hinterher ein mit zwei Rappen bespanneter Gefährt, dessen Pferde halbseitig daher rannten und im Begriffe waren, an dem königl. Wagen vorüber zu rennen. Dadurch ebenfalls aus der Fassung gebracht, schwenten die königl. Pferde gleichfalls links ab gegen den Abhang, der zum Bettel des Neckarkanals hinunter steigt, wurden aber glücklicherweise noch am Rande zurückgehalten. Der König, welcher ausgestiegen war und eine kurze Strecke zu Fuß zurückgelegt hatte, fuhr in demselben Wagen nach Stuttgart zurück.

Kassel, 29. April. [Verordnung.] In Betreff der Wahlen zur zweiten Kammer der Landstände ist folgende (telegraphisch bereits angezeigte) Verordnung erschienen, welche heute in der „Kasseler Zeitung“ publiziert wird:

„Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst u. c. r., verordnen, nach Anhörung Unsers Gesamt-Staatsministeriums, da die auf Grund und nach Maßgabe der Verfassungs-Urkunde und des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860 ausgeschriebenen Wahlen zu der zweiten Kammer der drei lehrliberusen Landtage von der Mehrzahl der hierzu berufenen Wähler unter dem unfaßhaften, die Verhinderung der Ausübung des landständischen Berufs seitens der Landtags-Abgeordneten bezweckenden Vorbehalte des Verfassungsrechts von 1831 vollzogen worden sind, und in Folge dessen die Mehrheit der Abgeordneten zur zweiten Kammer im Widerspruch mit der Annahme der Wahlen nach der Verfassung und dem Wahlgesetz vom 30.

Mai 1860 die Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Berufs verweigert hat; da ein solches ordnungswidriges Verfahren zur Hindernis der verfassungsmäßigen Ganges der Regierung nicht gebuhlt werden darf, vielmehr die Böllziehung der Wahlen auf Grund und nach Maßgabe der Verfassung und des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860 jeden entgegenstehenden Vorbehalt ausschließt und die Erfüllung und Ausführung des durch die Verfassungs-Urkunde vom 30. Mai 1860 vorgezeichneten landständischen Berufs mit rechtlicher Nothwendigkeit fordert; da eine Sicherung gegen gleiche oder ähnliche Ordnungswidrigkeiten, sowie eine Bürgschaft für die Ausführung und Erfüllung des verfassungsmäßigen Berufs seitens der Abgeordneten zur zweiten Kammer der Landstände hierach geboten ist, — wie folgt:

§ 1. Wer in seiner Eigenschaft als Wahlberechtigter an einer Wahl zur zweiten Kammer der Landstände, sei es in aktiver oder passiver Weise, Theilnehmen will, hat vor der stattdurchfahrt Wahl der Abgeordneten, bezüglich Wahlmänner (§§ 28, 29 und 40 des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860) die Erklärung abzugeben: daß er die Wahl zur zweiten Kammer der Landstände auf Grund und nach Maßgabe der Verfassung und des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860 ohne irgend einen Vorbehalt vornehmen, beziehungsweise eintrittendes Falles annehmen, und die unweigerliche geschäftsordnungsmäßige Erfüllung des, durch die Verfassungs-Urkunde vom 30. Mai 1860 vorgezeichneten, landständischen Berufs seitens der aus der Wahl hervorgehenden Abgeordneten gewahrt wissen wolle.

§ 2. Diese Erklärung ist von dem Wahl-Kommissar für die Wahlen der größeren nicht ritterhaften Grundbesitzer (§ 26 des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860), von den Bürgermeistern der Städte (§ 30 dafelbst) und von den Bürgermeistern der Landgemeinden (§ 30 dafelbst) vor dem betreffenden Landräthe (Regierungs-Kommissar, Polizei-Direktor) zu Protokoll abzugeben. Nachdem mit diesem Protokoll das Wahlprotokoll eröffnet sein wird, haben sodann der genannte Wahlkommissar vor der Wahl der Abgeordneten (§ 28 dafelbst), beziehungsweise die Bürgermeister der Städte und der Landgemeinden vor der Wahl der Wahlmänner (§ 33 und 40 dafelbst) die außer ihnen wahlberechtigten (§. § 1, Abs. 1) Personen die obige Erklärung entweder schriftlich oder zu Protokoll abgeben zu lassen. Die Abschrift dieser Protokolle hat in der von Unserem Ministerium des Innern dafür vorzuschreiben den Form zu erfolgen.

§ 3. Wer diese Erklärung abzugeben verweigert sollte, darf zu den Wahlen der Abgeordneten, so wie der Wahlmänner nicht zugelassen werden, und ist, insofern er solche nicht vor der Abgeordnetenwahl nachholen würde, in dem betreffenden Bezirk zu streichen. Zu widerhandlungen gegen diese Befehle werden bei dem Wahl-Kommissar und den Bürgermeistern der Städte und Landgemeinden mit Ordnungsstrafen von 30 bis 50 Thalern geahndet, und ist bei fortgesetzter Renitenz gegen die Ausführung dieser Verordnung gegen die wahlberechtigten Gemeindebeamten das Disziplinarverfahren einzuleiten.

Urkundlich Unserer Allerhöchsteigehändigen Unterschrift und des beigebrachten Staatsstiegs gegeben zu Kassel, am 26. April 1862.
Friedrich Wilhelm. (S. S.) Vt. Bolmar.“

Wiesbaden, 28. April. [v. Demidoff †.] Gestern Morgen ist der hier seit längerer Zeit wohnhaft gewesene russische General und Flügel-Adjutant des Kaisers, v. Demidoff, gestorben. Die Leiche wird nach Russland gebracht.

Hanau, 28. April. [Einbruch.] Heute Nacht wurde das Rentere-Lofal dahier erbrochen und am Morgen fand man die infolge der Steuer-Verweigerung dort aufgehäuften, seinerzeit vergleichbar zur Versteigerung öffentlich ausgebotenen Pfandobjekte nicht mehr vor. (Fr. Z.)

Leipzig, 28. April. [Über den Empfang preußischer Wähler] schreibt man der „Volkszeitung“: „Trotz der späten Abendstunde (11½ Uhr) hat sich eine große Zahl patriotischer Männer, wohl über 3000 Mann, auf dem Berliner Bahnhof eingefunden, um die preußischen Wähler zu begrüßen. Der Landtags-Abgeordnete Dr. Heyer hieß, nachdem Sängerhöhe „das deutsche Vaterland“ gesungen, die wackeren Wähler willkommen, welche heute eine Ehrenpflicht erfüllt und welche entschieden, ob Recht und Fortschritt, oder Willkür und Rücksicht, Feudalismus und Bürgerthum herrschen soll. Hoffentlich hätte die Wähler den Grundstein gelegt zu dem Tempel deutscher Ehre und Macht und dem Fortschritt und der freien Entwicklung des Verfassungslebens eine Wohnstätte gebahnt. Ganz Deutschland zolle diesem freien Mannesmuth Ehre und Bewunderung und alle umschwebe eine heilige Ahnung, daß aus dem Kampfe, aus der Prüfung Preußen, mithin auch Deutschland, lebenskräftig und herrlich groß, neu belebt, neu gestärkt hervorgehen werde. Die Herren Grelling und Lievermann brachten den Dank und verkuerten zum Jubel der Anwesenden den Sieg der Fortschrittspartei, darauf hinweisend, daß man durch das Resultat der Abstimmung die wahre Gesinnung des preußischen Volkes nicht wieder erkennen werde. Die Fahrt von Berlin hierher sei ein wahrhafter Triumphzug gewesen, an allen Stationen habe man den Berliner Wählern innige Theilnahme gezollt.“

Leipzig, 30. April. Von Seiten des hiesigen Flotten-Comite's ist aus Veranlassung der in Amerika bezüglich der Panzer-Schiffe gemachten Erfahrungen ein Schreiben an den preußischen Marineminister v. Roon gerichtet worden, in welchem demselben zur Erwagung anheimgegeben wird, ob nicht gerade jetzt eine günstige Zeit gekommen sei, die Summe der durch Sammlungen eingegangenen Beiträge

Und dennoch ist dieser so gewöhnliche Verlauf der Erziehung, der sich in zerstörender Tätigkeit und Ungezogenheit fund giebt, noch der glücklichere Fall. Wenngleich mit grossem Nachtheile für seine allseitige Entwicklung, kann ein solches Kind doch aus sich herausstreten, Eindrücke empfangen und sie verarbeiten lernen, so daß es zwar moralisch weniger gediehen wird, aber doch geistig nicht verkommt. Wie auch Kinderfrauen und Bonnen nur in den seltensten Fällen fähig sind, den wahren Bedürfnissen der Kinder zu genügen, ist hinlänglich aus der Thatache zu entnehmen, daß die oben bezeichneten Fehler durch dieselben keineswegs gebindert oder ausgerottet werden, und darf man deshalb nicht ohne Grund sagen: eine falsche Beschäftigung sei nicht viel besser als keine! — Trüber sind die Resultate in der Masse des Proletariats, wo das rubige Kindergarten auf den in die Hand gegebenen Gegenstand, das sich selbst überlassen sein, ohne anregende, fördernde und entwidelnde Einwirkung, die Tätigkeit des Verstandes gar nicht weckt, und deshalb eine allmäßige Verdummung eintreten muß.

Alle die genannten Unzulänglichkeiten und tausend andere, die schwer empfunden werden, ohne daß man sie oft zu bezeichnen vermöchte, sind zu vermeiden, wenn man die Spiele des Kindes leitet, seien Tätigkeitstrieb lenkt, dadurch die Zeit ausfüllt und seine Entwicklung nach allen Seiten fördert, statt mit den Worten: „Spiele jetzt“, das Kind sich selbst zu überlassen, damit es nachher wegen des angerichteten Schadens an sich und an den Gegenständen gescholten werden muß. So urtheilt Fröbel nach langjährigem unermüdlichem Studium der Kindesnatur, nach eingehendster, liebvolster Beobachtung des Bedürfnisse, der Wünsche, der Fähigkeiten seiner Lieblinge, von denen er nichts als unberechtigt zurückwies, sondern Alles prüfte, und fast überall die innere Nothwendigkeit des Anspruches aufdeckte. Er verbannete das bereits fertige Spielzeug als dem Kind aus die Länge nicht zugängig und wies aus der Erfahrung nach, daß dem Kind nur einen Stoß zu geben brauche, um diesen als liebstes Spielzeug zu benutzen und in das Selbstgeschaffene mehr Sinn zu legen, als in den unveränderlichen Gegenstand, der nur eine andere Gestalt annimmt, wenn er zerbricht, und so mindestens für den Augenblick den Reiz der Neuheit und Abwechslung gewährt.

Aber wir ihm dies ja, höre ich viele Mütter sagen, „ist das Kind gar zu ungezogen, hat es alle seine Spielfähigkeiten zerbrochen, quält es uns unaufhörlich, daß wir mit ihm spielen oder ihm etwas zu spielen verschaffen, so geben wir ihm einen Bautasten, mit dem es bauen mag, wir geben ihm eine Schere und Papier, damit es auszuschneiden kann; eine Schiefertafel, um zu malen; eine eingefädelte Nähnadel zum Nähen. Wir sehen auch, daß diese Beschäftigung den Kindern die liebste ist, und wundern uns häufig darüber, wie sie gerade dabei am artigsten, am muntersten sind; aber es dauert nicht lange, so ist der alte Ueberdruss wieder da und das Quälen um andere Spiele beginnt von neuem.“ Hier thut die verständige Mutter allerdings den ersten Schritt zur wahren Befriedigung ihres Kindes, indem sie ihm einen gesetzten Stoff für seine Spiele überliefert, aber ist sie ihm selbst die Anwendung überläßt, bleibt sie auf der ersten Stufe stehen und schafft damit nichts weiter, als eine vorübergehende, ungenü-

gende, weil unregelte Spielerei, welche die Zeit ausfüllt, ohne auf des Kindes Entwicklung einen Einfluß zu üben.

Fröbel singt die Sache anders an. Er nahm die Spiele und Spielfächer, wie er sie bei den Kindern in reichlichstem Maße vorfand, aber er ordnete sie so, daß sie bildend, belehrend und erziehend auf das Kind wirkten, den Körper in allen Theilen kräftigten, die Sinne schärften, das Gemüth veredelten und die Gedanken erweiterten. „Kinderspiel soll sein Kindeslernen“ war ein Grundsatz, den schon andere Pädagogen vor Fröbel aufgestellt hatten; aber ihm gehörte der Ruhm, der Erste gewesen zu sein, welcher zeigte, wie dies in naturnäher, dem Kind zugänglicher Weise geschehen müsse. Er wandte sich zuerst an die Mütter, an die Eltern mit der dringenden, wiederholten Aufforderung: „Kommt, lasst uns unseren Kindern leben, beschäftigen wir uns in einer ihrer Natur angemessenen Weise mit ihnen, als dies bisher geschieht.“ Er machte sie darauf aufmerksam, wie den Kindern mancherlei Freude entzogen würde durch die Beschäftigungslosigkeit und durch das sich selbst überlassen sein; wie viele Fehler daraus hervorgehen, die später schwer auf das Kind und seine Umgebung fallen und nur mit Mühe auszurollen sind; wie viel Zeit verloren geht, die der Ausbildung gewidmet sein könnte, und welcher Segen für das ganze Leben es sei, wenn alle Geistes- und Körperkräfte gleichmäßig entwickelt und einer gebedlichen Tätigkeit zugeführt würden.

Dieser Mahnruf an die Mütter sank bisher leider noch immer nicht die gebührende Beachtung, oder ward mit der Bemerkung bei Seite gehoben, daß es eine Unmöglichkeit sei, dergleichen eingreifenden Anforderungen zu genügen, wenn den anderen, einer Haustrau und Mutter obliegenden Pflichten gleichfalls Recht widerfahren sollte. Fröbel mußte dies einsehen. Aber wenn schon die Mutter nicht im Stande ist, den Bedürfnissen des Kindes zu entsprechen, sollen diese selbst, nachdem sie einmal als berechtigt anerkannt worden, unberücksichtigt und unbefriedigt bleiben? Sicher wünscht keine Mutter, daß ihr Kind das Nothwendige entbehre, weil sie selbst es ihm nicht zu geben vermag, und gern wird sie die eigene Empfindung unterdrücken, wenn sie das Gedanken des Kindes dadurch befürdet. Deshalb verharmelte Fröbel die Kinder der Gegend um sich und spielte mit ihnen; deshalb unterwies er junge Mädchen und Frauen in seiner Art verständigen Spielens, damit auch um diese sich fröhliche Kinderkreise bilden möchten, welche das Spiel als Lust und Belehrung trieben; deshalb forderte er die Mutter auf, sich einen Theil des Tages vertreten zu lassen durch Andere, die den Kindern ein warmes Herz entgegenbringen und Verständnis der Kindesnatur besitzen, die mit ihnen heiter umherspringen, ihre Anschauungen erweitern, ihre Aufmerksamkeit wecken, Hände und Füße geschickt gebrauchen lehren und die Keime des Schönen und Guten in ihnen entwickeln. Die Vereinigung einer solchen kleinen fröhlichen Schaar nannte er einen „Kinderergarten“. In heiterer Gemeinschaft sollten die kleinen Kinderstänzchen wachsen, sich nach allen Richtungen entfalten und gebieben. Unter dem Sonnenschein der Liebe und dem Thau der anregenden Beschäftigung sollte Körper und Geist geträgt und vorbereitet werden für das Leben und Lernen der späteren Jahre, um Früchte derselbst zu tragen, die Gott und den Menschen wohlgemäß, dem Früchte derselbst zum Segen gereichen. Eine liebende, sorgende und verständige Hand sollte die Leitung übernehmen, den

Der Kindergarten nach Fröbel's System und seine Bedeutung für die Familie.

Zweiter Brief.

zum Bau eines kleinen Eisenfahrzeugs nach dem Muster des von Griesson gebauten Panzerbootes mit Thurm zu verwenden. Allerdings ist, heißt es weiter, die Unverwundbarkeit dieser Kriegsfahrzeuge vielleicht zu emphatisch bevorwortet worden, jedenfalls wird die nächste Vervollkommenung der Schußwaffe und ihrer Projectile das, wie es eine kurze Zeit schien, gestörte Verhältniß zwischen Angriffs- und Verteidigungskraft wieder ins Gleichgewicht setzen. Immer aber wird nach menschlichem Ermessens für eine längere Zukunft das gepanzerte Eisenboot eine unentbehrliche Waffe des Seekriegs und in Verbindung mit Küstenbatterien das wirksamste Defensivmittel gegen feindliche Angriffe zur See bleiben.

Hieran knüpfen wir die weitere Mittheilung, daß, nachdem von dem Flottencomite bereits früher 7000 Thlr. an das preußische Marineministerium eingeschickt worden waren, im Februar d. J. wieder 1000 Thlr. eingesendet worden sind, über welche dem Comite folgende Quittung zugegangen ist:

Indem das Marine-Ministerium über den Empfang des mittelst gefälligen Schreibens vom 19. d. M. eingelieferten Beitrags zur Erbauung von Kriegsschiffen ad 1000 Thlr. quittiert, statte für diese aus patriotischer Gefinnung hervorgegangene Gabe dem Flottenausschuß und den einzelnen Gebern den ergebensten Dank ab. Berlin, 28. Febr. 1862.

Marine-Ministerium. v. Rieben.
Unter den Eingängen, durch welche die Abwendung dieser Summe ermöglicht wurde, befanden sich auch 186 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. Ergebnis der Sammlungen in Zwickau.

Bremen, 28. April. [Die Auswanderung nach Amerika,] welche im vorigen Jahr bedeutend nachließ, ist, der „Weser-Zeitung“ zu folge, gegenwärtig trotz der noch fortwährenden jenseitigen Kriegsverhältnisse wieder in zunahme begriffen, wenn gleich dieselbe die Höhe früherer Zeit bei weitem nicht erreicht. Von 8ten bis zum 15ten d. Mts. gingen im Ganzen 1127 Personen über hier, von denen sich 844 nach Newyork eingeschifft haben. Seit dem 1. Januar wanderten 2181 Personen nach Amerika aus.

Rostock, 29. April. [Verbot.] Der „N. C.“ bringt heute folgende Verordnung aus dem Ministerium des Innern: Das in Berlin unter dem Namen „National-Zeitung“ erscheinende Tagesblatt wird hierdurch für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin verboten. Die Übertretung dieses Verbots ist mit zehn Thalern Courant für jedes eingebaute Exemplar polizeilich zu bestrafen.

Oesterreich.

Wien, 29. April. [Militärreduktion.] Die „W. C.“ meldet: Man fängt bereits an, in den einzelnen Cadres der Armee Reduktionen einzutreten zu lassen; es befinden sich die Leute des Jahrgangs 1853 schon in der Heimat als entlassen, die vom Jahrgange 1854 und 55 kommen in diesen Tagen zur Entlassung, so daß per Compagnie circa 30—40 Mann entlassen werden. Wir führen dies zur Stützung unserer leithin gebrachten Mittheilung an, daß die Regimenter die Reserven entlassen würden und damit der Anfang zur Reduktion beginnen werde. — Dem „T. B. a. B.“ entnehmen wir, daß die Reduktion eine sehr bedeutende werden dürfte. Bei den vierften Bataillonen z. B. sollen von jeder Compagnie 40 Gemeine, 10 Gefreite, 6 Korporale, 1 Zimmermann, 1 Hornist und 1 Tambour entlassen werden.

Wien, 30. April. [Die Unterhandlungen zwischen Omer Pascha und den Insurgents.] Die seit einigen Tagen von hier aus verbreitete Nachricht, daß Omer Pascha sich in Unterhandlungen mit dem Fürsten von Montenegro und den Insurgents in der Herzegowina eingelassen habe und daß hierbei die Autonomie der Herzegowina als Basis der Negotiationen behandelt werde, entbehrt jeder Begründung. Die offiziösen lithographirten Correspondenzen und das gleichfalls offiziöse telegraphische Correspondenz-Bureau sind offenbar das Opfer eines jener südslawischen Entenfabrikanten geworden, welches seit zwei Jahren mit frecher Stirne die tollsten Lügen in die Welt senden und denen merkwürdigerweise auch der fetteste nonsens stets geglaubt wird. Allerdings haben die Officien dann auch in ihrer Weise das nackte Telegramm aus Ragusa mit angeblich diplomatischem Flitter aufgeputzt und sich dadurch zu Mischuldigen des südslawischen Lügenvorschenders gemacht. Das Wahre an der Nachricht scheint einzig das zu sein, daß der türkische Feldherr sich in Unterhandlung mit einzelnen Gemeindehäuptlingen einließ und diese Concessions zu machen, eine gewisse lokale Autonomie ihres Distriktes, wie eine solche ja ohnehin durch die eigenhümliche Gemeindeverfassung jener Gegenden bedingt ist, zuzustehen bereit war. Von einer Autonomie der Herzegowina als Provinz kann hingegen durchaus nicht die Rede sein, da die gegebenen Verhältnisse bei dem besten Willen von Seite der ottomanischen Regierung und der Rajabevölkerung die Entwicklung einer selbständigen Municipalverwaltung im größeren Style nicht möglich machen würde. Der tiefe Grund der Gährung in jenen Gegenden ist ja rein lokaler Natur und durch den Zwiespalt zwischen der

Plänzchen die nötige Pflege gewährten, die bösen Triebe befreiden und die werten Blätter entfernen, damit nichts Störendes die gleichmäßige Entwicklung hemmen könne. Er wünschte dazu die Hand einer Frau, einer Kindergärtnerin, denn nur als Stellvertreterin der Mutter sollte sie wirken. Dieser sprach er immer und immer wieder das erste Recht und die erste Pflicht zu, bewußt an der Ausbildung und Entwicklung ihres Kindes arbeiten zu müssen; sie sei die beste Kindergärtnerin vor Allen, aber sie müsse es richtig anfangen, es selbst erst lernen, wie ja auch der Gärtner lernen müsse, was zum Gedeihen der Pflanzen nothwendig sei, wie viel Lust, Licht und Regen sie bedürfen, damit ihre Entwicklung erfolgreich sei. Ein Kindergarten sollte darum nur eine erweiterte Familie und die Kindergärtnerin nur die Stellvertreterin der liebenden Mutter sein. Wie dies nach Fröbel's Wünche zu bewerkstelligen sei, wird in einem nächsten Briefe darüber zu legen versucht werden.

Die durch ihre Reise-Abenteuer mit Dumas, sowie durch ihre Berührungsmit den Ultra-Magnaten und durch ihr Verhältniß zum Herzoge von Coburg-Gotha hinlanglich bekannte Schauspielerin Lila Bulyova ist jetzt von der Direction des peifher National-Theaters wieder zu Gastrollen eingeladen worden. In ihrer aus München datirten Antwort lehnt sie die ihr zugesetzte Ehre zwar für den Augenblick wegen anderweitiger contractlicher Verbindlichkeiten ab, erklärt aber noch im Laufe dieses Sommers zur mündlichen Befreitung dieses Gegenstandes nach Peifher kommen zu wollen. Sie sagt unter Anderem: „Diejenigen täuschen sich nicht, welche in mir den Wunsch voraussehen, meine Künsterlaufbahn dort zu beschließen, wo ich sie begonnen; denn die Vaterlandsliebe lebt nicht blos im Herzen derer, die sie auf den Lippen führen.“

[Kallab's Entlassungsdoktorat] ist datirt vom 23. April 1862, und lautet: „Durch die vor der Unterfuchungs-Commission vom 8. d. M. eingesandte verbrecherische Gebahrung mit den beim wiener Postamte zur Aufgabe gelangten Briefen, welche Sie massenhaft unterschlagen, um sich die darin allfällig enthaltenen Wertheinschlüsse zuweigten, haben Sie alleachtung und Vertrauenswürdigkeit vollends verwirkt. Nach dem Beschlüsse der hierfürs heute gehaltenen Disziplinar-Commission werden Sie auf Grund der laif. Verordnung vom 10. März 1860, § 8 Lit. b, noch vor dem Ausgang der gegen Sie anhängig gemachten strafrechtlichen Untersuchung des Dienstes entlassen. Ihr Gehalt ist mit Ende dieses Monats, Ihr Quartiergeld aber mit dem heutigen Tage bei den k. k. Postställen eingestellt.“ — Kallab hat durch seine Manipulation auch manche trag-komische Situation herbeigesühnt, und wir theilen hier eine solche Scene mit, wie sie uns erzählt wurde. Ein junger Mann, Commiss voyageur bei einem wiener Hause, hatte in J—u in Böhmen die Bekanntheit eines wohlhabenden Mädchens gemacht, und war auch wirklich so glücklich, vor einem Jahre ihre Hand zu erhalten. Aber schon nach sehr kurzer Zeit änderte der wandelbare Commiss voyageur seine Gefinnung, er vernachlässigte seine Gemalin, und seine alte Gewohnheit des Neidens stieg in ihm wieder auf, so daß er sich unter allerhand Ausreden mehr in der Fremde als zu Hause aufhielt. Die junge Frau war ganz trostlos hierüber — da erhielt sie in der Charwoche, während ihr

christlichen Pächterbevölkerung (Raja) und dem mohamedanischen Grundadel slawischer Abkunft (den Begs) bedingt. Einführung einer provinziellen Autonomie wäre einer Permanenzklärung der agrarischen Fehden gleichbedeutend und würde in allererster Instanz schon zu einem gegenseitigen Vertheidigungskriege statt zur Pacificirung führen.

C. C. Wien, 30. April. [Die ungarische Frage. — Angebliche Niederlage der Türken.] Seit gestern werden verschiedene, die ungarische Frage betreffende Gerüchte verbreitet. Man erzählt, der Statthalter Graf Palffy, der von seiner ungarischen Rundreise nach Wien gekommen ist, habe die Versicherung mitgebracht: direkte Wahlen zum Reichsrath würden zum Ziel führen; der ungarische Landtag soll im Herbst einberufen werden; man unterbande mit dem hier anwesenden ehemaligen Statthalter Bice-Präfidenten, Geheimrat Baron Paul Senyey, der mehrfach mit dem Grafen Forgach conferirt, wegen Übernahme des Zarenrates; denn wenn Ungarn auch direkte Wahlen vornehme, so bedürfe es doch des Landtages wegen der Revision der Gesetze von 1843 u. s. w. Namentlich das Gericht wegen der directen Wahlen wird sehr stark und mit offenbarer Abschlächtigkeit folportiert, so daß sich der Verdacht regen muß, es handle sich hier für eine gewisse Partei darum, eine Eventualität, deren Eintritt sie als möglich befürchtet, durch voreilige Veröffentlichung der betreffenden Idee zu bekämpfen.

Aus Ragusa vom 29. wird „Ost und West“ telegraphirt: „Hussein Pascha hat die unterm Bajozevic angegriffen, und wurde von denselben aufs Haupt geschlagen. Die Türken verloren 2000 Mann, 1000 Pferde, 4 Kanonen und eine große Menge Munition und Lebensmittel. Der übrigens gleichfalls große Menschenverlust der Christen läßt sich noch nicht ziffermäßig angeben.“ Wir brauchen nicht hinzu zu führen, daß jetzt erst die türkische Verfolgung abzuwarten ist. Uebrigens sind die Bajozevic im nordöstlichen Theile Montenegro's, östlich von der Morava und südlich von Kolatchin zu suchen, wo Hussein sie von Albanien aus angreift.

Frankreich.

Paris, 28. April. [Tagesbericht.] Der „Constitutionnel“-Artikel, welcher eine so vorsichtig verhüllte Sprache in Betreff des amerikanischen Conflictes anschlägt, hat hier Aufsehen gemacht. Man legt ihm von gut unterrichteter Seite her eine halbmäthliche Bedeutung bei. Er soll gewissermaßen den Ton angeben, in welchem sich die gesammte officielle Presse hinsichtlich über diese Angelegenheit auszusprechen hat, und man kann einer ganzen Reihe von Artikeln desselben Genres für die nächsten Tage entgegensehen. Der eigentliche Zweck dieser Campagne soll wohl der sein, das Publikum auf die Schritte vorzubereiten, welche die französische Regierung fest entschlossen ist, wegen einer gemeinsamen entschiedener Haltung gegenüber dem allzu lange währenden Kampfe in London zu thun. Man verspricht sich allerdings keinen großen Erfolg davon, allein Baumwollnoth kennt kein Gebot. — In Bezug auf die mexikanische Angelegenheit ist von einer neuen Ueber-einkunft zwischen Frankreich und Spanien die Rede. Man soll die Errichtung einer provisorischen Regierung mit General Almonte an der Spitze beabsichtigen! Sie würde unter den Schutz der Mächte (?), man weiß jedoch noch nicht, welcher, gestellt. — Für die cochinische Colonie sind verschiedene wichtige Maßregeln in Vorschlag gebracht. Der Kaiser selbst soll mit dem Plane umgehen, Saigon zu einem Freihafen zu erklären, in dem sich die Europäer aller Nationen niederlassen könnten. Auch soll dort, wie in Martinique und Guadeloupe, eine Colonialbank errichtet werden. — Es ist nun positiv, daß Herr v. Lavallée wenigstens zwei Monate länger auf Urlaub hier bleibt. Was weiter in der Sache geschieht, das wissen die Götter. Marshall Niel, von dem früher schon die Rede war als der geeignetesten Persönlichkeit zur gleichzeitigen Repräsentation der militärischen und diplomatischen Gewalt in Rom, ist nach Paris berufen worden, und hat gestern bei dem Kaiser in den Tuilerien gespeist. (K. Z.)

[Renans Vorlesungen.] Bekanntlich befand sich im Programm des Collège de France auch der Cursus des Herrn Renan. Der Administrator des Collège de France macht jetzt in den Blättern bekannt, daß auf Befehl des Unterrichtsministers die Wiedereröffnung der Vorlesungen des Herrn Renan vertagt worden sei.

Großbritannien.

London, 28. April. [Lord Canning,] der frühere General-Gouverneur Ostindiens, ist am Sonnabend Nachmittag ganz unerwartet — man glaubte, er würde erst später eintreffen — in Dover angekommen und von dort hierher weiter gereist. Die „Times“ schreibt: „Lord Canning ist wieder in seinem Heimatlande eingetroffen. Seit 6 bis 7 Jahren ist sein Name weltbekannt, und mit gespanntem Interesse versorgte man die allmähliche Entwicklung seiner Politik. Es gab eine Zeit, wo Mancher von uns glaubte, daß unser nationales Dasein von dem guten oder schlechten Fortgange der Arbeit abhänge, die Lord Canning in den Städten und Wildnissen des in Aufruhr befreiften Indiens zu verrichten hatte. Er war ein größerer Potentat und kämpfte einen größeren Kampf um ein Reich, als irgend ein Prokonsul, der zurückkehrte, um seine Geburtsstadt mit seinem Ruhme zu erfüllen. Und doch ist Lord Canning geräuschlos, in dem großen Ocean

Mann verreist war, einen Brief aus Wien, unterfertigt von ihrem „nie ewig liebenden Philipp“ und voll von überchwänglichen Zärtlichkeiten und Belehrungen seiner Liebe zu seiner Sophie, namentlich konnte er die Stunde nicht erwarten, wo er „sein einziges Ideal“ wieder umarmen könnte. Unser junges Weibchen ist ganz entzückt über ihren reuigen Mann. Sie kann sich nicht latt lesen an dem Briefe; da mit einemmal stugt sie, sie erlebt das Datum, es lautet vom 30 und 31 vierten April 1861. Sie besichtigt die Adresse, da heißt es: „Unterdrügen gewesen und nun zu Stande gebracht.“ Der Brief war zur Zeit geschrieben, wo der „ewig liebende Philipp“ noch Bräutigam war.

Berlin. Die „Tribüne“ hat einen Bruder zu dem wiener Briefmar-der-Kallab aufgefunden und zwar in unserer ehlichen Reibenz selbst. Sie berichtet nämlich aus Berlin Folgendes, wofür wir ihr die Verantwortlichkeit überlassen müssen: Am Freitag ist ein bei der Geldausgabe-Expedition des hiesigen Postamtes beschäftigter Beamter verhaftet worden. Derfelbe hatte sich den Umstand zu nutze gemacht, daß viele Geldbrieße auf Höhe einer geringeren Summe declarirt werden, als sie in der That enthalten, hier angekommene declarirte Geldbrieße, die durch seine Hände gingen, pflegte er des Abends mit in seine Wohnung zu nehmen und dort zu untersuchen, ob der einliegende Inhalt zu gering angegeben. War dies der Fall, so nahm er die Summe heraus, um die der Inhalt die Declaration überstieg. Er hatte eine Gewandtheit sich angeeignet, diese Briefe, die er dann folgenden Tages expedirte, funktionsgerecht wieder zu verschließen. Die Absender und Empfänger der Briefe konnten natürlich keinen Einspruch erheben, da die Post nur auf Höhe der Declaration für Geldbrieße aufkommt. Das Mandat des Postbeamten hatte schließlich jedoch das Augenmerk der vorgezogenen Behörde auf sich gezozen, und als derselbe am Freitag zum Dienst kam, nahm man ihn in Empfang und unterwarf ihn einer genauen Visitation. Es wurden bei ihm neun declarirte Briefe vorgefunden; weshalb er dieselben bei sich geführt, darüber vermochte er keine genügende Auskunft zu geben. Die eingeleitete Untersuchung durfte ergebn, wie lange er die Veruntreuungen betrieben hat, und wie hoch die unterschlagenen Summen sind.

Vor drei Jahren starb in Lyon ein 90jähriger Greis, Namens Crepin, und hinterließ ein durch Geiz zusammengezacktes Vermögen von über 2 Mill. Fr., aber nicht seinen Verwandten, sondern testamentarisch der Frau eines ehemaligen Kirchenschleifers, Namens Favre. Ein gegen letztere angestrengter Erbschaftsprozeß blieb erfolglos. Die Favre'schen Cheloute traten das Erbe an, lebten aber seitdem getrennt, der Mann auf dem Lande, die Frau in Lyon. Nun hat neuerdings Jemand, dem sie eine Jahres-Pension von 10,000 Fr. versprochen, aber nicht gezahlt hatten, gerichtliche Klage erhoben, und dabei so gravirendes Zeugnis abgelegt, daß das Gericht die Frau Favre und deren Mann sofort bat verhaftet lassen, weil sie dringend verdächtig sind, den z. Crepin durch Gift aus der Welt geschafft zu haben.

Nach dem „Advertiser“ wird unter den Merkwürdigkeiten in der Londoner Ausstellung der Schädel des Confucius zu sehen sein, den die Eng-

er Bevölkerung verschwunden, gleichwie man einen Tropfen nicht bemerkt, der sich mit der See mischt. Keine Mauern wurden niederge-rißt, kein Triumphwagen war zu sehen, kein Sklave war nötig, um ihn daran zu erinnern, daß er ein Sterblicher sei; ja, selbst das moderne Compliment des Glockengeläutes, welches selbst ein bescheidenes ländliches Mädchen an ihrem Hochzeitstage schmerlich vermisse würde, und der Donner von ein Paar Kanonen, welcher eine Niederlage des Unions-Heeres beinahe in einen Sieg zu verwandeln vermag, fehlte. Der große Friedensstifter im Osten landete in Dover, wie 1000 Müller und Schulze jede Woche landen. Zwar warf sich der Bürgermeister in aller Eile in sein Amtsgewand und entschuldigte sich wegen des Aussbleibens der herkömmlichen Adresse des Gemeinderaths; aber nach kurzem Aufenthalt bestieg der ehemalige mächtige General-Gouverneur Indiens den Eisenbahng und kam wohlbeholt, aber unerkannt, inmitten des Menschengewüls, auf dem Bahnhofe bei London-Bridge an. So empfangen wir unsere größten Staatsmänner, wenn sie nach geleisteten glorreichen Diensten zurückkehren. Der Titel mag sich darüber ärgern; dem Großen aber kann nichts angenehmer sein. Es muß einem müden Staatsmann erfreulich sein, wenn er Allem entziehen kann, was einem Schaupränge ähnlich sieht, und wenn er allen schweren Ballast seiner früheren Sorgen bei Seite wirkt und sich wie jeder gewöhnliche Bürger in den großen Menschenstrom unserer Hauptstadt mißt.“

Das Parlament hält heute seine erste Sitzung nach den Osterferien.

Am Donnerstag wurden in Gegenwart des Herzogs von Cambridge mit 125fündigen Armstrong-Kanonen Schießübungen angestellt, bei welchen die in einer Distanz von 1500—4—500 Schritt befindlichen Zielscheiben auf dem Wasser schwammen und die Boote eines Invasionsschiffes darstellen sollten. Die Wirkungen der Geschütze waren so verheerend, daß nach dem Urtheil aller anwesenden Militärs kein Mann des imaginären Invasionsschiffes das Ufer lebend erreicht haben würde.

Wie der „Observer“ meldet, werden Lord Canning, der Herzog von Somerset, Earl Russell, Lord Shaftesbury und Lord Fitzwilliam nächstens zu Rittern des Hosenband-Ordens ernannt werden.

Die Königin verläßt heute Osborne, begibt sich nach Windsor, verweilt dort bis zum Mittwoch und tritt dann die Reise nach Schottland an. Wie man glaubt, wird Ihre Majestät etwa am 10. Juni von Balmoral nach Osborne zurückkehren.

[Von den jónischen Inseln.] Die ministerielle „Morning-Post“ sagt: „Private Nachrichten aus Corfu zeigen uns, daß die von französischen Zeitungen ausgesprengten Gerüchte über politische Verbaufen, die auf den jónischen Inseln stattgefunden haben sollen, aller Begründung entbehren. — Wäre etwas nötig, um zu beweisen, daß uns die Nothwendigkeit gebietet, die jónischen Inseln in unserer Hand zu behalten, so läge dieser Beweis in dem ehrlichen Streben fremder Politiker, unsere vorlängige Verwaltung zu diskreditieren. Voriges Jahr, als der verfassungswidrige Unruhen der jónischen Gefeggebung gerechterweise eine Proklamation zur Folge hatte, waren dieselben Blätter so standhaft, Gerüchte von Krawallen und Zwangsmäßigkeiten zu verbreiten. Das Jahr, wo die jónische Versammlung sich mit ihrem Aufruhr in den Schranken der Verfassung gehalten hat, streut man Lügen aus, die nur den Zweck haben, die Politik Großbritanniens als reaktionär, willkürliche und tyrannisch darzustellen. Es ist unmöglich, anzunehmen, daß diese Taktik rechtliche oder uneigennützige Motive hat. Keine der Mächte, welche die Verträge von 1815 unterzeichneten oder die Bildung des Königreichs Griechenland genehmigt haben, kann im Ernst daran denken, die jónischen Inseln jedem Mikroskop von Misregierung, Hellas genannt, einzuerleben. Der Versuch, Korcyra mit einem 200 Meilen südlich gelegenen und regierungsfreien Staat zu verbinden, wäre nur das Signal zu inneren Kämpfen der furchtbaren Art. Der Bauer würde gegen den Gutsbesitzer, der Wuselmann gegen den Christen, der Seeräuber gegen den Bürger auftreten. Griechische Korsaren würden über das Mittelmeer fliegen, den schußlosen griechischen Handel plündern, und der einzige Ausweg aus diesem Wirtschaftslage in neuen Arrangements, bei denen irgend eine andere europäische Macht die Stellung, die wir jetzt einnehmen, zu erlangen sucht.“

[Zur Ausstellung.] Es ist heute schon so ziemlich gewiß, daß die Franzosen am Größtungstage der Ausstellung ihre Abtheilung gar nicht werden öffnen können. Denn sie sind weiter als irgend eine andere Nation im Rückstande. Sie allein hatten die dringliche Forderung gestellt, daß ihre Abtheilung im Februar fertig werde. Das war geschehen, und während in anderen Theilen des Gebäudes noch Maurer, Zimmerleute und Anstreicher bannten, hatte die Baucommission schon am 12. Februar die französische Abtheilung so vollständig vollendet, daß die französischen Aussteller sofort mit dem Einräumen ihrer Waren hätten beginnen können. Statt dessen verpalädierten sie sich rings herum mit hohen Bretterwänden, ließen keinen Menschen weiter zu, damit sie nicht gesichtigt würden, verbieten selbst der Presse den Zutritt, sperren den Nachbarn Licht und Luft ab, verluden sich nach rechts und links weiter auszudehnen, und sind doch am Ende weiter zurück als alle Anderen. Der Polizeiverein, Österreich, Italien, die Schweiz, ja selbst die englischen Colonien sind in ihren Anordnungen viel pünktlicher gewesen. Ihre Abtheilungen werden am 1. Mai, wenn auch nicht vollständig, doch zum größten Theil geordnet sein.

* „Der zweite Unabhängigkeitskrieg in Amerika“, von C. M. Hudson, Doctor beider Rechte, ehem. Legations-Sekretär der Vereinigten Staaten, in Berlin, zweite durchgehende Ausgabe, vermehrt durch eine Abhandlung über die Slaven-Frage (Verlag bei Charissus, Überig'sche Buchhandlung, 1862). Der Verfasser betrifft in 6 Kapiteln auf 99 Seiten die politischen Verhältnisse der Unions-Staaten, die Ursachen und den Charakter des gegenwärtigen Krieges zwischen den Nord- und Südstaaten, die Hilfsquellen beider Parteien und die Sklaverei. Die Befreiung der letzteren Frage ist in der zweiten Ausgabe hinzugekommen. Bei den mangelhaften Kenntnissen der amerikanisch-socialem Verhältnisse, welche den noch nicht beendeten Bürgerkrieg herbeiführt, dürfte das Buch allgemeine Beachtung verdienen. Ob und inwieweit der Verfasser in der Befreiung der den Süden beherrschenden politischen Ansichten sich ein unabhängiges und unparteiisches Urteil bewahrt hat, lassen wir dahingestellt; die Sklaverei hält er für eine Notwendigkeit und für ein Erbtheil des Südens.

* „Windelmann“, ein Vortrag von Dr. C. Friedrich, Prof. an der kgl. Universität und Assistent am königl. Museum zu Berlin (Hamburg, Agentur des Raubens Hauses). Diese Schrift entrollt uns ein Bild des ersten deutschen Kunsthistorikers, dessen Einfluss auf die Wiedererweckung des

N u s l a n d .

○ **Warschau.** 29. April. [Begnadigungen.—Steuererlaß.] Von den Begnadigungen sind Sie bereits telegraphisch unterrichtet; eine große Bedeutung haben sie, mit wenigen Ausnahmen, keineswegs. Zu diesen Ausnahmen rechnet ich z. B. die Befreiung eines 14jährigen Schusterlehrlings vom Dienst in den Sträflings-Copagnien, die Hizpanks und einige andere. Die Begnadigten sind in zwei Kategorien getheilt, solche, denen die Strafe ganz erlassen, und solche, denen sie geändert oder gemildert wurde. In der ersten Kategorie eröffnen 12 Geistliche die Reihe, unter denen der frühere Verwalter der Erzdiözese, Bialobrzeski, welcher bekanntlich ursprünglich zum Tode verurtheilt, dann zu einem Jahre Festungshaft begnadigt wurde, zu bemerkten ist. Ferner ist hier der beliebte Geistliche Stecki hervorzuheben, welcher das Wohl der arbeitenden Klasse in unserer Stadt seit Jahren mit dem edelsten Eifer zu fördern strebt, und der auch als Mitglied der Delegation diese seine Aufgabe hauptsächlich vor Augen hatte. Die Hälfte der gänzlich Befreiten sind solche, die noch einige Tage bis höchstens 1½ Monat zur Beendigung ihrer Haft zu sitzen haben. Die Bezeichnung Begnadigung klingt etwas unangenehm, wenn man bedenkt, daß sie Leute trifft, die zu 1, 2, 3 bis 6 Monat Haft verurtheilt wurden, denen aber die strenge, mehrere Monate dauernde Untersuchungshaft in der Citadelle nicht gerecht worden ist. In der zweiten Kategorie, diejenigen enthaltend, deren Strafen „geändert oder erleichtert“ sind, kommen Fälle vor, wie z. B. der des Predigers Kramnick, welcher zu 1 Jahr Festung in Bobruisk und dann zur Uebersiedlung nach Tobolsk verurtheilt wurde, als von der Festungshaft befreit angeführt wird. In der That aber ist diese Verbannung nach Sibirien eine viel stärkere Strafe, als die Haft in einer Festung nur etwa 50 Meilen von seiner Familie (der arme ganz unbemittelte Mann hat 8 Kinder), mit der er in regelmäßiger Postverbindung bleiben konnte. Im neuen Orte seines Aufenthaltes, wohin er „begnadigt“ wurde, muß er selbst für seinen Unterhalt sorgen, während er in Bobruisk hiervon frei und seine Haft keineswegs eine schwere war. Über die Härte, die dieser Mann erfährt, hat General Lüders seiner unglücklichen Frau in einer Audienz die Erklärung abgegeben, daß sein Vergehen in Vergleich zu Anderen ein viel größeres ist, weil er als Jude der Sache fremd ist, in die er sich gemischt hat, da Politik einem Juden nicht geziemt.

Außer den Straferlassen sind laut der heutigen Bekanntmachung noch den armen Klassen der warschauer Bevölkerung die Rückstände der Klassensteuer erlassen worden. Diese Steuer beträgt für diejenigen Klassen, denen sie erlassen wurde, etwa ½ Thlr. pro Jahr. Der Ausfall, den die städtische Kasse dadurch erleiden könnte, soll auf Befehl des Kaisers von der Summe gedeckt werden, die das Budget des Königreichs Sr. Majestät zur besonderen Verfügung stellt. Auch enthält die Extrabeilage einige Orden-Verleihungen, unter denen dieselbe an Hignet auffällt, welchen Wielopolski als einen eingestandenen mazaren dem Lande feindlichen Mann vom Amte entfernte. — Der Artikel der „Gazeta Polska“, der einen Tadel gegen den Erzbischof über seine ungehörige Einmischung in Betreff der Kleidung der Damen und über sein Circular in Bezug der christlichen Dienstboten bei Juden enthielt, hat den Erzbischof veranlaßt, einen seiner Geistlichen zur Abfassung einer Vertheidigung zu beauftragen, welche die „Gazeta“ abdrucken sollte. Die Censur hat aber den Abdruck nicht gestattet. Von diesem Artikel circulieren jedoch viele Abdrücke in der Stadt.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 1. Mai. [Tagesbericht.]

Heute Vormittag erfolgte die Einführung des neu ernannten Polizei-Präsidenten Frhrn. v. Ende. Derselbe wurde von dem Director der Regierungs-Abtheilung des Innern, Geh. Ober-Reg.-Rath v. Göß, den im großen Sessionssaale versammelten Räthen und Inspectoren vorgestellt und demnächst durch die Büros geleitet. Die Geschäfte des Präsidiums wird Frhr. v. Ende, wie bereits gemeldet, erst nach Beendigung der Wahlen am 7. Mai übernehmen.

Der heutigen Sitzung der Stadtverordneten präsidierte als stellvertretender Vorsitzender hr. Sanitätsrath Dr. Gräßer. — Durch die von der Regierung festgestellte Höherlegung der neuen Sandbrücke war auch eine Höherlegung des ganzen umliegenden Terrains notwendig geworden, was wiederum nicht verfehlte, auf die für die Pflasterung des Ritterplatzes und der neuen Sandstraße ausgelegten Kosten Einstuß auszuüben. Es wurde hierdurch eine Mehrausgabe von 1386 Thlr. veranlaßt, welche Summe denn in heutiger Sitzung nachbewilligt wurde.

Nachdem eine ganze Menge von Etats-Ueberschreitungen bewilligt worden, wurde dem hrn. Maurermeister Illmer, der für den Abruch des Hauses in der alten Taschenstraße das Meistergut mit 1020 Thlr. gehabt hatte, der Zuschlag ertheilt.

Das Gehalt eines neu anzustellenden dirigirenden Arztes bei dem Allerheiligsten-Hospital wurde auf 1500 Thlr. (und Wohnung) festgestellt, dabei jedoch die Bedingung gestellt, daß er außer seinen Pflichten als Hospitalarzt nur die konsultative Praxis im Innern der Stadt ausüben dürfe, und zwar so, daß letztere niemals die sorgfältige Beachtung der ersten beeinträchtigen dürfe.

Der Stat für die Verwaltung „Verschiedener Einnahmen und Ausgaben“ pro 1862 wurde genehmigt. Er steht in Einnahme 27,355 Thlr. und in Ausgabe 111,710 Thlr. Unter den Ausgaben befindet sich noch die Summe von 2000 Thlr. für Reparatur des Rathauses. In Bezug auf diesen Punkt wünschte die Versammlung eine nähere spezialisierte Vorlage.

Ebenso wurde der Stat für die Verwaltung des Stadtschuldenwesens pro 1862 bewilligt. Die Gesamtshulden belaufen sich auf 2,004,246 Thlr., d. h. um 27,000 Thlr. ca. weniger als im Vorjahr. Der Stat hat eine Gesamttausgabe von 150,465 Thlr., die durch Zinsen (ca. 57,000) und andere Einnahmen (ca. 65,000 Thlr.) und durch einen Kämmerergutschuh von 50,420 Thlr. gedeckt wird.

=bb= Heute feierten zwei alte breslauer Bürger ihr 50jähriges Bürgerjubiläum. Der Tischler-Meister Franz Fischer, wohnhaft an der Grünenbaumstraße, und trotz seines Alters von 80 Jahren noch in rüstiger Thätigkeit. Ebenso der Maler Johann Leopold Müller, gegenwärtig Genosse des katholischen Bürger-Hospitals St. Anna auf dem Sande, 78 Jahre alt. Dieselben wurden von Seiten der städtischen Behörden beglückwünscht.

Die biesige Universität wird, sicherem Vernehmen nach, der von der Generalversammlung des National-Vereins zu Berlin angeregten Säcularfeier von Fichte's Geburtstag sich anschließen. Demnach soll der 19. Mai auch hier mit einem solennem akademischen Akt in der Aula Leopoldina begangen werden. Die Festrede wird der Nestor unserer Hochschule und Schüler des großen vaterländischen Philosophen, Dr. Prof. Dr. Branicki, halten.

* Zu dem diesjährigen Examen pro rectoratu, welches am 24., 25. und 26. v. M. hier abgehalten wurde, hatten sich 4 Candidaten gemeldet. Zweihen bestanden die Prüfung. Es sind dies die Herren Kloß, ein junger katholischer Geistlicher aus Frankensteine, und Huth, cand. philos. und Lehrer an der biesigen Industrie- und Gewerbeschule für israelitische Mädchen.

= [Neuer Fahrplan.] Die bereits in voriger Woche von anderer Seite als bevorstehend gemeldeten Veränderungen in dem Fahr-

plane der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn treten nunmehr vom 15. Mai ab in Kraft, nachdem sie von dem Handelsministerium genehmigt worden sind. Die Morgenzüge bleiben einstweilen unverändert, doch ist Aussicht vorhanden, daß sie mit der Zeit um etwa 1 Stunde später von hier abgehen werden, sobald die Fahrzeiten der sächsischen Eisenbahnen, mit denen der Abgang der Morgenzüge durch die märkische Bahn zusammenhängt, geändert werden. Der Mittagszug wird künftig statt um 12 U. erst um 12½ U. und der Abendzug statt um 6 Uhr 15 M. um 6 Uhr 30 M. abgehen und trifft in Freiburg resp. Waldenburg statt 1 Uhr 55 Min. NM. und 8 Uhr 25 Min. Abends um 2 Uhr 25 Min. und resp. 9 Uhr 15 M. ein. Aus Waldenburg wird künftig der Abendzug um 6 U. 50 M. statt 6 Uhr 35 M. und aus Freiburg der Mittagszug um 1 Uhr 40 Minuten statt 1 Uhr 10 Minuten abgefahren werden. Die Züge kommen dann hier um 3 Uhr 33 M. NM. und 9 Uhr 32 M. Abends, statt früher um 3 Uhr 3 M. und 9 Uhr 17 M., an. Aus Liegnitz geht der Mittagszug künftig um 12 Uhr 30 M. (früher 12 Uhr) und der Abendzug um 6 U. 30 M. (früher 6 U. 15 M.) ab und trifft in Frankenstein um 3 U. 41 M. und 9 U. 40 M. (früher 3 U. 11 M. und 9 U. 25 M.) ein. Aus Frankenstein endlich wird der Zug um 12 U. 20 M. NM. und 6 U. 20 M. Abends (früher 11 U. 50 M. und 6 U. 5 M.) abgefahren werden und in Liegnitz um 3 U. 35 M. und 9 U. 24 M. (früher 3 U. 5 M. und 9 U. 12 M.) eintreffen. Mit diesen Veränderungen auf der Freiburger Bahn stehen auch solche auf der Oberschlesischen Bahn in Aussicht. Die betreffenden Modifizierungen liegen bereits dem Handelsministerium zur Genehmigung vor. Soviel steht indes jetzt fest, daß der wiener Nachmittagszug um 10 Minuten später, also statt 2 U. 30 M. um 2 U. 40 M. abgehen wird, damit der Anschluß von den mit dem auf der Märkischen Bahn neu eingerichteten frankfurter Lokalzügen an kommenden Personen erreicht wird. Dieser trifft bekanntlich vom 15. d. M. ab um 2 U. 10 M. hier ein, ist aber einstweilen nur versuchsweise eingerichtet worden. Die Personenfrequenz dürfte bei demselben nicht erheblich sein, da ja kurz zuvor der soraue Zwischenzug eingetroffen ist, welchem 2½ Stunde früher bekanntlich der Berliner Schnellzug voranging.

* Das nächste Wochen-Concert der „constitutionellen Ressource im Weißgarten“ ist von Mittwoch auf Donnerstag (8. Mai) verlegt. Donnerstag, den 15. Mai, beabsichtigt die Ressource ein großes Vocal- und Instrumental-Concert zum Verteilen des Rettungshauses in Schreibersdorf zu geben. Frau Dr. Mampé-Babnigg hat ihre Mitwirkung zugesagt.

* Am nächsten Sonnabend wird einer der schönsten Gärten Breslau's, der zur „Humanität“ gehörige und früher im Besitz einer Privatgesellschaft gewesene Garten, eröffnet. Der gegenwärtige Besitzer desselben hat wieder kostlos noch Blüte geschenkt, um ihn zu einer Bierde unserer Promenade zu machen. Schattige Laubgänge wechseln mit freien Ratenplätzen angenehm ab und die Klänge der Musik werden täglich die weiten Räume des Gartens durchschallen.

=X= Die Saison der fahrenden Sängerinnen und Sänger mit Harfe und schottischer oder tiroler Tracht ist jetzt zu Ende, denn Leipzig hat sich zur Messe großen Vorraats vertrieben von der billigeren Sorte der Volkskunst, die nur wenige Silbergroschen, aber keine goldenen Gagenhonorare beziehen. Die Stimmen dieser in Süddeutschland wild wachsenden Natursängerinnen sind die transponirten lebenden Leierkästen und bemächtigen sich wie Künstler dieses angeblich von Orpheus erfundenen, wenigstens in Gebrauch gewesenen Instrumenten jedes gefälligen melodischen Stückes, das sie bei jeder Gelegenheit und an jedem Abend wiederholen, bis ein anderes Bild kommt. So gelangt die Masse auch zur Adresse schlechter Couplet-Dichter, deren Sachen für die reisende Silbergroschengefangen-vortragerei mitunter gar einträglich sind.

* [Zum deutschen Schützenfest], welches im Juli d. J. in Frankfurt a. M. abgehalten werden soll, hatten sich, wie die neueste Nummer der „Deutschen Schützen- und Wehr-Ztg.“ berichtet, bis zum 15. v. M. schon 1500 Schützen namentlich gemeldet. Eine Menge Vereine hat die Beteiligung zugesagt, wollen aber ihre namentlichen Anmeldungen erst dann machen, wenn das Festprogramm und die Schießordnung publiziert sein werden.

* Zum beständigen Testaments-Commissar des Stadtgerichts für den Monat Mai ist hr. Stadtrichter Wenzel und zum eventuellen Stellvertreter hr. Gerichts-Assestor Marx ernannt. Mit der Führung des HandelsRegisters ist hr. Sekretär Neumann beauftragt.

=bb= Gestern Nachmittags lockte sich an einem Hause der Altstädtischen Straße der Pug ab, und stürzte mit großer Mächtigkeit auf die Straße. Glücklicherweise wurde Niemand verletzt.

■ Görlitz, 30. April. [Zur Wahl. — Berichtigung.] Der Wahltag war diesmal ein Feiertag, wie er bei uns noch nie dagewesen. Das Resultat der Wahl, diese treffendste Antwort auf alle Bemühungen, Verdächtigungen und Verleumdungen der gegnerischen Parteien, erzeugte die allgemeine Freude und einen unumschränkten Jubel. Der Fortschrittspartei gingen von den 106 aufgestellten Candidaten nur 4 verloren. An ihrer Stelle wurden 2 constitutionelle (Commercierrath G. Schmidt und Lieutenant a. D. Jungmann) und 2 conservative (Staatsanwalt Köls und Kreisrichter v. Spyow) gewählt. Wenn man in Betracht zieht, daß die Fortschrittspartei nur eine einzige Wahlversammlung gehalten, während die constitutionelle wie die conservative Partei wöchentlich zweimal zusammen kam, so liegt hierin das spredendste Zeugniß für das politische Bewußtsein unsers Bürgers. Ähnlich wie bei uns, sind die Wahlen im ganzen Wahlkreis Görlitz und Lauban ausgefallen. Nur das Städtchen Reichenbach hat sich sein utopisches Recht, rein conservativ zu wählen, nicht nehmen lassen. Alle 5 dortige Wahlmänner werden gegen uns zu Felde ziehen. — Daß die Wiederwahl unserer 3 Abgeordneten vollständig gesichert ist, unterliegt gar keinem Zweifel. Noch vor der Wahl stellten wir in einem der letzten Reseraten die Bevölzung auf, daß selbst im Falle der Vereinigung der constitutionellen mit der conservativen Partei dieselben kaum ¼ der Stimmen unserer Partei würde gegenüber stellen können. Wir haben ihre Macht überschaut, das Verhältniß dürfte ½ zu ¼ werden. Hr. v. Binde, der den Constitutionellen die Annahme der Wahl zugesagt hatte, ist auf telegraphischem Wege benachrichtigt, daß die Stadt Görlitz nur 2 Wahlmänner für und 104 gegen ihn erwählt habe. Dr. Baur, der gerade in einem schwierigen Bezirk, dem sogenannten „Excellenzen-Viertel“ als Wahlmann der 2. Abtheilung aufgestellt war, erhielt von 27 Stimmenden 22 Stimmen. In den meisten Bezirken gingen die Fortschritts-Candidaten meist einstimmig durch. Selbst die von conservativer Seite aufgestellten Candidaten, stimmten in den meisten Fällen fortgeschrittsmäßig. — Die Bresl. Ztg. brachte in gestriger Nummer die Nachricht, daß auf der Bahnhofstraße Kohlmarkt-Görlitz ein weiblicher Leichnam aufgefunden sei und stellte die Vermuthung auf, daß möglicherweise ein Mord vorliege. Wir erhalten darüber folgende authentische Nachrichten. Die aufgefundenen Leiche ist die Frau des Kaufmann Nagel. Nagel war früher in Breslau und lebt seit einigen Jahren in Görlitz. Der alte 84jährige Mann rief vor einigen Tagen nach ärztlicher Hilfe, da ihm, angeblich durch einen Stoß an den Tisch, eine Wunde mit einem eingekleinten Knochenstück am oberen Theile des Stirnbeins und an der linken Seite des Kopfes mehrere starke Contusionen beigebracht waren. Seine 72jährige Frau pflegte ihn bis zum Freitag voriger Woche, an welchem Tage sie ihn verließ. Montags wurde sie erst überfahren. — Es liegt die Vermuthung nahe, daß sie aus Nahrungs- und Lebensüberdruss ihre eigene Mörderin gewesen sei. Die aufgefundenen blutigen Tücher in der Nähe der Leiche dürften vielleicht nur Zeugen eines mißlichen Versuches auf ihr Leben sein, und da die Frau weder Geld noch Geldeswert bei sich gehabt, so wäre ein Verdacht auf andere Thäterschaft mindestens unerklärlich. Beide Cheleute lebten bis in ihre alten Tage eine glückliche Ehe.

■ Sprottau, 1. Mai. [Der Zweigverein der Gustav-Adolphs-Stiftung] ist auch in dem vorigen Vereinsjahr in seiner rühmenswerten Thätigkeit fortgeschritten, und hat vermocht, 100 Thlr. in die Kasse des Provinzial-Hauptvereins abzuführen, der Kirche zu Groß-Sprottau 11 Thlr., der zu Ottmachau 6 Thlr., der Schule auf der Hör 10 Thlr. und der Diaspora im Kreise Sagan 24 Thlr. zuzuwenden. Leider hat der Verein seinen jüngeren, treuen Käffner, den Kreis-Steuerinnehmer Neumann, durch den Tod verloren. Derselbe war einer seiner Mitbegründer. Stadtältester Raths-

herr Kieß hat seine Stelle übernommen, so daß die Sorge um die Verwaltung wieder geboten ist. — Was die Schule auf der großen Iser betrifft, so ist diese ein sehr wichtiger Gegenstand. Die Schulgemeinde ist sehr arm, und die örtliche Lage sondert sie besonders in der schlimmen Jahreszeit von der übrigen Welt ganz ab. Ein Besonderes, dieser Gemeinde zu eigenem Schulhaus zu verhelfen, hat der Löwenberger evangel. Verein gethan, indem er ihr 300 Thlr. zugafte und davon 180 Thlr. sofort zahlte, den Rest spätestens Ende 1864 zu erlegen versprach. Es handelt sich um den Anlauf eines Hauses mit mehreren Morgen Land als Schulhaus. Die Gemeinde gehört zum Dorfe und Badeort Jülsberg, über dem sie höchst oben in Wollensäge thront.

* Beuthen a. O., 30. April. Das Wahlergebnis am 28. April hat das günstigste Resultat für die Fortschritts-Partei ergeben, da sämtliche 16 Wahlmänner dieser Partei angehören. In einem Urwahlbezirk waren die sämtlichen Militärwähler — 27, zur Wahl vereint, während dieselben früher in sämtlichen Bezirken vertheilt waren. Die Beteiligung war gegen früher eine sehr zahlreiche. Auch in der Umgegend sollen die Wahlen im liberalen Sinne ausgefallen sein.

* Gleiwitz, 29. April. [Wahlen. — Schulangelegenheit. — Städtisches. — Theater. — Defektur.] Die Urwahlen fielen auch in unserer Stadt im liberalen Sinne aus und wurden zumeist die früheren Wahlmänner wieder gewählt. Die Beteiligung bei den Wahlen war ziemlich bedeutend, obgleich die Erfolgsfolge aller Bemühungen bei den städtischen Bewohnern zu flat und deutlich sich zeigte. Wohl nur in wenigen Kreisen unseres Vaterlandes macht sich der Unterschied zwischen Stadt und Land so geltend, als in dem unerfahrener, es ist nicht nur der künstlich erzeugte und historisch entwickelte Gegensatz, der überall uns begegnet, sondern der innerlich natürliche rein instinctive, der sich als solcher überall zu behaupten strebt. Sprache, Stamm, Nationalität, ja selbst in gewisser Beziehung auch die Religion, da die Deutschen, die Bewohner der Städte, zum großen Theil evangelisch sind, jedenfalls nicht so streng katholisch, wie die des Landes, trennen die Einwohner des Kreises in ländliche und städtische, und es bedarf keiner großen Mühe, sie gegen einander aufzureißen, daß die einen gerade das wollen, was die Anderen verschmähen. Da nun die Städter liberal sind, so sind unsere Landeute natürlich feudal-aristokratisch vom reinsten Wasser, und es kann somit kein anderer, als unser würdiger Herr Landrat v. Strachwitz, dem sie um seine kleinen Männer, sein aristokratisches Weinen und besondere Herzengüte obnebin zugekehrt sind, von ihnen gewählt werden, obgleich er zu seinen Prinzipien offen sich bekannt, und weil sie die Mehrzahl repräsentieren, so ist seine Wiederwahl ganz gesichert. Ref. hat sich daher gar nicht beeilt, das Resultat der Wahl mitzuheilen, und hält es für überflüssig, die Namen der gewählten Wahlmänner zu nennen. — An Stelle des als Oberlehrer an die Knappenhauptschule zu Lipine abgegangenen Hrn. Richter wurde Hr. Lehrer Ullmann aus Tossi gewählt. Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in ihrer letzten Sitzung die Wahl, hielt aber die Bemerkung nicht zurück, daß es auffällig sei für diese Vacanz keine Concurrenz ausgeschrieben zu finden, und nahm Veranlassung, den Magistrat aufmerksam zu machen, tüchtig bei dergleichen Anstellungen anders zu verfahren." — Am 12. d. M. wurde in der Oberstadt höhere Töchterschule die öffentliche Prüfung abgehalten, die wieder erfreuliche Resultate herausstellte. — Auf dem Neuhofmarkt, der in der Mitte noch alte Baulichkeiten enthält, soll nun an Stelle eines jetzt niedergelegten Hauses ein neues gebaut werden. Da es uns an öffentlichen Plätzen fehlt, so war früher der Beschluß gefasst worden, die Gebäude nach und nach anzukaufen, was zum Theil auch schon geschehen ist, um einen ordentlichen Marktplatz herzustellen; es sollte nun auch dieser Bauplatz acquirirt werden, allein die Besitzer stellten solche hohe Forderung, daß für jetzt an eine Einigung nicht zu denken ist, und so wird das neue Haus wohl gebaut werden und die Stadt nach dieser Seite hin nie so nothwendige Verhönerung gewinnen, dagegen hat sie nach einer Seite ein klein wenig sich gelüftet. Der Kaufmann Hr. Weiß hat bei einem Neubau die Stadtmauer abtragen lassen, die neue Mauer eingerückt und so einen engen Winel zu einer ordentlichen Gasse erweitert. Aus Dankbarkeit nennt sie das Publikum „Weiß-Gasse.“ — Vorige Woche hatten wir in einigen Straßen einen großen Auflauf. Ein Gefangener war mit Ketten an Hals und Fuß am hellen Tage, Nachmittags um 4 Uhr, entsprungen und rannte in großen Sprüngen durch die Straßen eilig davon. Die Volksmenge, die anfangs sehr zurückwich, machte sich bald mutig hinter dem führen Deserteur her. Und als dieser sich so hart verkrampft sah, setzte er mit einem mächtigen Sprung auf eine Mauer und erkletterte vor da das Dach eines Hauses. Von den Zinnen herab schaute er nun höhnisch auf die verfolgende Volksmenge, nieder, schnitt ihr allerlei Gesichter zur Kurzweil und stiech die Zähne. Sah er auf seinen Höhen aus einer Dachlupe sich verfolgt, so sprang er behend auf das Dach eines andern nahegelegenen Hauses und trieb weiter sein Spiel, bis die Verfolger treppauf sich wieder ihm näherten. Einige Stunden dauerte dies an: doch als er genug hatte des „grauwacken Spiels“, und Hunger verprühte, ließ er sich von seinem Herrn einfangen und zurück in die Thierbude bringen. Es war ein großer starker Affe.

1. Tarnowitz, 29. April. Am 8. f. M. findet hier selbst die Generalversammlung der Actionäre der Tarnowitz'schen Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb statt und dürfen die Actionäre dieses mal denn doch mit etwas froherem Muthe die Versammlung besuchen, da sich der für die Eisenproduktion so sehr umwölkte Horizont doch schon etwas aufgeklärt hat und zu erwarten ist, daß die oberösterreichische Eisenindustrie eine neue Ära im besten Sinne des Wortes anbrechen zu sehen. Außerdem dürfte aber auch die diesjährige General-Versammlung deshalb von bedeutendem Interesse sein, weil ein Antrag vorliegt, den Sitz des Directoriums von hier nach Breslau zu verlegen.

=o= Guttentag, 30. April. Se. Hoheit der regierende Herzog Wilhelm von Braunschweig hat der biesigen Schützengilde, deren Protektor er ist, für dieses Jahr an seinem Geburtstage ein Gnadenfestgefecht von 20 Thlr. gemacht, wofür ein Gewinnspiel veranstaltet wurde, in welchem der Schütze, biesige königl. Chaussee-Aufseher Konkol, den besten Schuß in Mitte der Scheibe mache und den darauf gesetzten Gewinn erhielt. Der Stadt-Älteste Pötzsch hieß darauf eine Dank-Rede und brachte dabei ein Lebewohl an Se. Hoheit aus. — Auch an curiosen Geschichten fehlt es hier nicht; so kam es in dem Wahlbezirk Zwoos-Renzin und Rendow vor, daß die Bauer

Beilage zu Nr 203 der Breslauer Zeitung. — Freitag, den 2. Mai 1862.

(Fortsetzung.)

S 102 Straf-Ges.-B. vor Gericht gestellt. Dieses fand die Beschuldigungen in jenen Briefen, welche angefüllt sind mit den stärksten und bestätigten Ausdrücken, erwiesen und verurtheilte den Angeklagten zu einer vierwöchentlichen Gefängnisstrafe. Gegen diese Entscheidung hatte der Angeklagte appellirt und war in dem heutigen Termine durch den Rechtsanwalt Pilet als Vertheidiger vertreten, welcher die Absicht zu beleidigen in Abrede stellte, zunächst Freisprechung und eventuell doch Herabstufung der Strafe beantragte, während von Seiten der Ober-Staats-Anwaltshaft die Bestätigung des ersten Erkenntnisses verlangt wurde. Der Gerichtshof nahm mir Rücksicht darauf, daß es bei dem Angeklagten saß zur fixen Idee geworden, der Minister v. d. Heydt sei an seinem Vermögensruin schuld, und daß Poleski in dieser Sache bereits eine großherzige Untersuchungshaft ausgestanden, mildende Umstände zu Gunsten des Angeklagten an und verurtheilte ihn zu einer Geldbuße von 40 Thlrn., welchen im Unvermögensfall 14 Tage Gefängnis zu substituiren.

Ein Urwähler des 2. Wahlbezirks trat vorgestern an den Wahlstuhl und erklärte: Ich wähle Pana Boga w niebie (den Herrgott im Himmel.) Von dem Wahl-Commissarius darauf aufmerksam gemacht, daß er einen irdischen Wahlmann wählen müsse, so erklärte er mit vieler Energie: Innge nicht (einen andern wähle ich nicht). — Im Urwahlbezirk Gay, Kr. Samter, vermittelten die Polen die Anwesenheit des Urwählers 1. Klasse, Gutsbesitzer v. G., welcher zur Zeit in Paris verweile. Sofort wurde an ihn telegraphiert, und der Ausgesandte traf noch rechtzeitig ein, um sich und noch einen Anderen in der 1. Abtheilung durchzubringen. Ein Beweis von Rücksicht!

(Ostdeutsche Ztg.)

Bromberg, 28. April. Unser Magistrat hatte den Jagow'schen Wahlkreis mit Protest zurückgeschickt, doch ist ihm diese Probe seiner Gesinnungsfähigkeit über aufgenommen worden. Son Seiten der königlichen Regierung ist jetzt der Bescheid ergangen, daß die Vertheilung an die Communalbeamten, Lehrer u. c. bei Vermehrung von 50 Thlr. Strafe gelehren soll. (Bereits in der Bresl. Ztg. gemeldet). Wie wir hören, sagt man sich dieser Anordnung insofern, als man den Erlass ohne weitere Bemerkung den Beamten zuschreibt. Außerdem wird der Magistrat höheren Orts Beschwerde führen. — Der heutige Tag war ein allgemeiner Volksfest. Fast alle Werkstätten waren geschlossen, alle Arbeit ruhte und die Leute waren festlich gekleidet. Hoffentlich dürfen wir von unseren Wahlen auf die des ganzen Landes schließen, und natürlich von den Ur- auf die Abgeordnetenwahlen. Darnach bekommen wir nur durchaus freimütige Abgeordnete, denen fast in sämmtlichen Bezirken sind alle vorigen Wahlmänner wiedergewählt und nur für einige unentschiedene, oder gar conservative, andere entschieden liberale. So sind z. B. der hr. Regierungspräsident v. Schleinitz und mehrere höhere Beamten nicht wieder Wahlmänner geworden, und so hat man bemerkt, daß mehrere solcher Herren sogar ihre Stimmen den vorgefallenen Kandidaten rubig ebenfalls gegeben haben. Das genaue Verhältniß ist folgendes: von 276 Wahlmännern sind 261 entschieden freimütig und nur 16 conservativ oder doch schwankend. Die Wahl unserer drei Abgeordneten ist daher als völlig bestimmt zu betrachten. Fast dasselbe Verhältniß stellt sich in der nächsten Nähe auf dem Lande heraus.

(Ost. Ztg.)

Gnesen, 29. April. [Verbrechen.] Die gestrige Bresl. Z. (Nr. 201) berichtete von einem Verbrechen, das in Gössiesyn verübt worden ist. Heute erfährt man folgende Nähere. Es hat bereits die gerichtliche Section der drei Kindesleichen und die Feststellung des subjectiven Thatbestandes stattgefunden. Der Thäter ist zwar schon im gerichtlicher Haft, wie ich jedoch aus glaubwürdiger Quelle vernehme, wird gegen denselben ein Strafversfahren wohl kaum eröffnet werden können, da er den dreifachen Mord an seinen eigenen Kindern in einem Anfall von Religionswahn in innbegangen haben soll. Derselbe hat nämlich schon seit längerer Zeit auffallend viel und unabstet gebeten, sich öfter darüber beklagt, daß ihm der Tag für die Verrichtung der erforderlichen Gebete nicht ausreiche, und geäußert, daß für seine Kinder auf Erden kein Heil sei, sie vielmehr nur im Himmel glücklich werden könnten. Er berichtete die That im Ganzen ruhig, weinte bei der Erzählung nur bisweilen, und schloß damit, daß seinen Kindern jetzt wohl sei, da sie sich im Himmel befänden.

(Ost. Ztg.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

[Wegen Annahme falscher Zins-Coupons.] Für die Fälle, wenn bei königlichen Kassen falsche Zins-Coupons von Rentenbriefen eingehen, fehlt es an einer das Verfahren beabsichtigt Ermittlung ihres Ursprungs und ihrer Verbreiter regelnden Anordnung, indem auf diese Falsificate die Circular-Bestellung der königl. Haupt-Verwaltung der Staatschulden vom 3. Mai 1860 nicht bezogen werden kann, weil letztere Behörde mit deren Verfolgung sich nicht zu befassen hat. Demnach hat der Finanzminister in Gemeinschaft mit dem Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, wie wir erfahren, soeben folgende Bestimmungen getroffen:

1) Die königlichen Kassen sind gebahnt, die bei ihnen als Zahlungsmittel eingehenden oder zur Präsentation gelangenden als falsch erkannten Rentenbrief-Coupons gleich den falschen Kassen-Anweisungen oder Banknoten ohne Unterschied, ob sie mit Begleittheinen eingefendet oder von den Inhabern persönlich eingezahlt, beziehentlich zur Einwechselung präsentiert werden, und ob die empfangende Kasse sich an denselben Orte befindet, wo die königliche Regierung ihren Sitz hat, oder nicht, ohne Zeitverlust mit betreffenden Begleittheinen, Etikett u. c. oder beziehungsweise mit der über die Einzahlung resp. Präsentation aufzunehmenden kurzen Verhandlung an die Orts-Polizeibehörde zu übersenden.

2) Gleichzeitig hat die betreffende Kasse eine kurze Mitteilung über den resp. die als falsch angehaltenen Coupons unter Angabe der Fälschungs-Merkmale an diejenige Provinzial-Rentenbank-Direction, welche die echten Coupons ausgegeben hat oder ausgegeben haben müsse, behufs vorläufiger Control-Notiz gelangen zu lassen.

3) Die Orts-Polizeibehörden haben ebenfalls ohne Verzug die nach Beschaffenheit der Umstände nötig erscheinenden Nachforschungen nach den Verbreitern und dem Ursprunge der Fälschstücke entweder selbst oder im Wege der Requisition vorzunehmen, und wenn alle Mittel, die wissenschaftlichen Verbreiter und Verfertiger der Fälschstücke zu entdecken, als erschöpft zu betrachten sind, die schriftlichen Verhandlungen mit den falschen Papieren an das königliche Regierungs-Präsidium einzureichen, welches dieselben an die betreffende Rentenbank-Direction einzuführen hat. Sollte sich im Laufe der polizeilichen Recherchen ein erheblicher Verdacht gegen eine bestimmte Person heraussstellen, so muß die Polizeibehörde sofort und noch vor Ablieferung der schriftlichen Verhandlungen dem königl. Regierungs-Präsidium davon Anzeige machen.

[Die Viehschau in Poissy und die englische Landwirtschaft.] Der „Herald“ sagt über die internationale Viehschau in Poissy: Es ist nicht wenig bemerkenswerth, daß, während Mr. Cobbons Handelsvertrag, welcher die freundlichen Gelehrten zwischen Engländern und Franzosen befiehlt sollte, in dieser Beziehung sich als vollständige Fehlgeburt erwiesen hat, das einzige lebende Band der Einigung durch unsern Ackerbaustand geknüpft worden ist. Die internationale Viehschau, die jetzt in Poissy, etwa 4 Meilen von Paris, gehalten wird, kann man ohne Annahme oder Irrthum als Beweis von dem Einfluß betrachten, welchen britische Landwirtschaft auf die französischen Grundbesitzer und die ländliche Bevölkerung von Frankreich übt, so wie von den berühmten Beziehungen, die zwischen den großen Führern und Förderern der Ackerbau-Wissenschaft in beiden Reichen herrschen. Man muß freilich zugeben, daß das Ganze nur eine gesuchte Nachahmung unserer englischen Preisbewerbungen ist, und selbst in Poissy hatten wir das Glück, unsere Überlegenheit zu behaupten. Mr. Fisher Hobbs, ein Engländer, und Capitän Ball, ein Iränder, waren unter den Preisrichtern, und der Hauptpreis fiel einem Schotten, Mr. McCombe, für seinen Aberdeen-Ochsen zu. Doch sollte diese französische Viehschaustellung unsern Landwirthe zu Anstrengungen spornen. Wenn Frankreich jetzt noch hinter uns ist, so macht es doch ungewöhnliche Schritte, uns nahe zu kommen und schließlich zu überholen. Ein wahrhaft vorzügliches Rindfleisch gehört in Paris oder den Hauptmärkten des Landes keineswegs mehr zu den Seltenheiten. Unsere Southdowns, Cotswolds, Leicesters und andere Gattungen sind dort seit einigen Jahren schon eingebürgert. Haben wir einigermaßen die Wohlfahrt unserer Nachbarn fördern helfen, so ist dies ein Gegenstand, zu dem auch die Engländer aller Klassen sich Glück wünschen dürfen. Man weiß, daß wir zur Versorgung unserer heimischen Märkte stark importiren müssen; die Vermehrung und Verbesserung der Zucht in anderen Ländern muß aber das Fleisch bei uns wohlfleißer machen. Außerdem haben wir auch manche nützliche Lehre empijangen. Selbst die Viehschau in Poissy zeigt uns, daß wir unsere Dienste in anziehender Gestalt ausstellen können. Die künftige Wirkung ist dort eben so sehr wie die materielle Trefflichkeit angestrebt worden. Wir haben auch darauf zu achten, daß wir unsere Lorber in der Schaf- und Schweinezucht nicht verlieren. Im Ganzen haben wir in diesem Theile der

Bewerbung keine sonderlichen Vortheile errungen, was um so mehr zu bedauern, als unsere Überlegenheit in Schweinen und Schafen außer Frage steht. Wie gefaßt, die Fortschritte, welche die französische Landwirtschaft in den letzten Jahren gemacht hat, sind wirklich zum Erstaunen. Aber der Patriotismus verlangt, daß wir unsere nationalen Lorber mit aller Macht zu behaupten suchen. In der Landwirtschaft wie in anderen Dingen giebt es für England keinen zweiten Rang; es muß oben stehen oder nirgends.

Breslau, 17. Mai. [Börse.] Bei sehr lebhaftem Geschäft erfuhr Österreich einen namhaften Aufschwung. National-Anleihe 66% — 67 bis 66%, Credit 89—90, wiener Währung 78½ bezahlt. Auch Eisenbahntickets waren höher, Oberschlesische 158, Freiburger 129½—129, Neisse-Brieger 76 Gold, Oppeln-Tarnowitzer 45%. Fonds unverändert. Poln. Valuten matter.

Breslau, 1. Mai. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pfund) keine Termine still, spätere fest; pr. Mai und Mai-Juni 45% Thlr. Br., Juni-Juli 45% Thlr. bezahlt, Juli-August 45% bis 45½ Thlr. Br. bezahlt und Gld., September-Oktober —

Käse pr. Mai 21% Thlr. Gld., Juni-Juli 21½ Thlr. Br.

Rüböl Anfangs gefragt, schließlich angeboten: loco 12½% Thlr. Br., pr. Mai, Mai-Juni und Juni-Juli 12½ Thlr. Br., Juli-August 12½ Thlr. Br., September-Oktober 12½ Thlr. bezahlt und Br.

Kartoffel-Spiritus niedriger; loco 15% Thlr. Gld., pr. Mai und Mai-Juni 15%—15½ Thlr. bezahlt, Juni-Juli 16% Thlr. bezahlt, Juli-August 16% Thlr. Br., August-September und September-Oktober 16% Thlr. Br. und Gld.

Zink still.

Die Börsen-Commission.

Breslau, 1. Mai. Oberpegel: 15 J. 7 3. Unterpegel: 2 J. 8 3.

Eisenbahn-Zeitung.

[Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn.] Der am 2. Mai stattfindenden Generalversammlung wird der Geschäftsbericht vorgelegt werden, dem wir bezüglich der Betriebsergebnisse des vergangenen Jahres Folgendes entnehmen:

„Unser Personenverkehr hat unter dem Mangel zweitmäßiger Anschlüsse zwischen Tarnowitz und dem Bergwerksrevier auch in dem vergangenen Jahre sehr gelitten.

Das unerträgliche stundenlange Liegenbleiben in Tarnowitz, die Unmöglichkeit, aus unserem Bahngebiete ins Bergwerksrevier eine Reise an einem Tage hin und zurück zu machen, wenn es sich auch nur um eine Entfernung von 4 bis 5 Meilen handelt, hat uns die Reiseverkehr immer mehr entfremdet, und die Einnahme aus dem Personen- und Gepäckverkehr inklusive Equipagen, Pferde und Hunde, ging gegen das Vorjahr wieder um 1280 Thaler 11 Sgr. 3 Pf. zurück, nämlich von 20,961 Thaler 14 Sgr. 10 Pf. pro 1860 auf 19,681 3 Sgr. 7 Pf. pro 1861.

„Wenn wir im vergangenen Jahre von dem Steigen des Verkehrs auf der Tarnowitz-Moritzrother Bahn eine Verbesserung jener Verhältnisse durch passende Anschlüsse hofften, so müssen wir leider jetzt berichten, daß sich diese Hoffnung nicht erfüllt hat. Der Verkehr dort ist allerdings gestiegen; es sind zwei Züge mehr eingelegt, Anschlüsse an unsere Züge sind indeß unterblieben.

Dagegen hat der Güterverkehr, welcher von einem präzisen Interessengrenzen der Züge nicht so abhängig ist, einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen.

„Wie die Betriebsrechnung ergiebt, beträgt die Einnahme aus dem Güterverkehr (excl. der Dienstgüter) im Ganzen 88857 Thlr. 1 Sgr. 5 Pf. pro 1860 betrug dieselbe 74078 Thlr. 25 Sgr. 5 Pf.

Es hat also eine Steigerung um 14778 Thlr. 6 Sgr. — Pf.

stattgefunden, mithin, wie schon Eingangs erwähnt, um 20%.

„Die Extraordinarien haben durch vergrößerte Ausnutzung unserer Fahrzeuge auf fremden Bahnen einen Zuwachs erlangt, indem die an uns gezahlten Achsenbelastungen auf 4473 Thlr. 7 Sgr. 1 Pf. gestiegen sind, während sie im Vorjahr nur 2211 Thlr. 25 Sgr. 8 Pf. betragen. (Die unsererseits gezahlten Achsenbelastungen betragen 1571 Thlr. 4 Sgr. 11 Pf., im Vorjahr 1176 Thlr. 2 Sgr. 7 Pf.). — Dagegen ist bei einigen anderen Extraordinarien eine Verminderung nicht zu vermeiden gewesen.

„Die Gesamt-Einnahme der Bahn aus dem Verkehr und den Extraordinarien betrug:

pro 1861	124,968 Thlr. 20 Sgr. 4 Pf.
1860	111,069 Thlr. 21 Sgr. 4 Pf.
1859	97,423 Thlr. 5 Sgr. 2 Pf.
1858	88,670 Thlr. 25 Sgr. 7 Pf.

„Die Ausgabe pro 1861 war trotz der erheblichen Vermehrung der Transporte vermöge sorgfältiger Beschränkung und wohlfleißiger Beschaffung aller Bahnbürofuisse nicht wesentlich höher gegen die der Vorjahre.

„Es betrug die Ausgabe beim Betriebs-Conto:

pro 1861	77,832 Thlr. 4 Sgr. 1 Pf.
1860	75,202 Thlr. 10 Sgr. 7 Pf.
1859	76,514 Thlr. 25 Sgr. 2 Pf.
1858	71,206 Thlr. 10 Sgr. 1 Pf.

(pro Meile Bahnlinie pro 1861 — 769 Thlr., pro 1860 — 7431 Thlr., pro 1859 — 7561 Thlr., pro 1858 — 7510 Thlr.)

„Der Überschuß der Einnahme über die Ausgabe beim Betriebs-Conto pro 1861 beträgt nach Vorliegenden:

„Wie aus der Betriebsrechnung ersichtlich, sind davon überwiesen:

2) dem Erneuerungsfonds 22500 Thlr. — Sgr. — Pf.

3) dem Dividenden-Conto zur Besteitung einer Dividende von % % pro 1861. 20831 Thlr. 20 Sgr. — Pf.

4) an (vorjähr.) Ertragsteuern verausgabt 355 Thlr. 23 Sgr. 6 Pf.

5) der Betriebsrechnung pro 1862 als Übertrag für Steuer und sonstige nachträgliche Ausgaben 949 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf.

Summa 47136 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf.

Die Dividende ist also von % % im Vorjahr auf % % gestiegen, i. e. von 12 Sgr. pro hundert Thaler auf 25 Sgr.

„Freilich ist dieses Resultat noch ein sehr geringes. Jedoch gibt dasselbe neben den bereits angeführten Zahlen noch eine besondere Gewähr, daß ein Fortschritt bei dem Unternehmen vorhanden ist, welcher in nicht fernster Zeit eine volle Verzinsung des Aktienkapitals herbeiführen dürfte.

„Die Bestände unseres Reserve- und Erneuerungsfonds sind — laut der anliegenden Rechnungsauszüge — im Ganzen auf 67,647% Thlr. (inclusive 42,690 Thlr. Effekten) angewachsen (von 49,563 Thlr. incl. 29,900 Thlr. Effekten im Vorjahr). Zufolge Bestimmung des Herrn Handelsministers ist die Deckung des Defizits beim Erneuerungsfonds aus dem Jahre 1859 mit Hilfe des Reservesfonds erfolgt, und fällt sonach eine Nachzahlung auf jenes Defizit dem Betriebe nicht mehr zur Last.

„Die Hauptausgabe beim Erneuerungsfonds entstand aus den Schwellen-Auswechseln. Es waren dazu 2523 Stochschwellen, 10,174 Mittelschwellen und 1229 laufende Fuß Weichenschwellen erforderlich, deren Anschaffung 8627 Thlr. 4 Sgr. 8 Pf. geflossen hat.

„An rückständigen Bauzinsen pro 1858 wurden aus dem Baufonds verausgabt 710 Thlr. 27 Sgr.

Inserate.

[665]

Berichtigung.

In der Bekanntmachung vom 30. April d. J., betr. die in hiesiger Stadt gewählten Herren Wahlmänner, soll es heißen:
 1. fde. Nr. 2. Herr Agath, Kaufmann, statt Adam, Kaufmann.
 " 85. Ferdinand Ernst, Tischlergesell,
 statt Friedrich Ernst, Tischlermeister.
 " 111. Ehrenfried Fröhau, Casetier,
 statt Eduard Fröhau, Casetier.
 " 123. S. Gerstenberg, Commissionär und Kaufmann,
 statt S. Gerstenberg, Commiss.
 " 323. Nissen, Regierungs-Conducteur,
 statt Nissel, Regierungs-Conducteur.
 " 336. Ottow, Landes-Alester,
 statt Otto, Landes-Alester.
 " 400. Schenke, Drechslermeister,
 statt Schinke, Drechslermeister.
 " 447. Soher, Osenbaumeister,
 statt Scher, Osenbaumeister.
 " 480. Ulrich, Curatus, statt Ulrich, Curatus.
 " 481. Josef Ulrich, Kaufmann,
 statt Josef Ulrich, Kaufmann.

Breslau, den 1. Mai 1862.

Der Königliche Wahl-Commissarius:
Ober-Bürgermeister (gez.) Elwanger.**Bemerkungen über den ersten schlesischen Gewerbetag**
und Darlegung meiner Ansicht über Aufhebung des bestehenden Gewerbe-
gesetzes. [3736]Ich habe darum gegen die Aufhebung des Gewerbegeuges gestimmt, weil:
1) Nicht zuvor sämtliche Gewerke gehabt worden sind, und diese ihre
Ansicht nicht haben und geben können, ob eine Aufhebung der Gewerbe-
gesetze erschreißlich sei; die Versammlung selbst bestand aber größtentheils
aus Nichthandwerkern;2) Ich habe in der Aufhebung den Schuh, welchen die Handwerker bis-
her hatten, vernichtet, da bisher der Handwerker mit den Erzeugnissen seiner
Arbeit handeln konnte, der Händler aber nicht Produzent sein durfte.

3) wurden bisher alle Streitigkeiten zwischen Meistern, Gesellen und

Lehrlingen durch Sachverständige schleunigst geschlichtet, es bestand also ein
sogenanntes Schiedsgericht, während bei Aufhebung des Gesetzes durch lange
Prozesse, mit Kosten verbunden und vieltem Ärger, jeder Streit erst ausge-
glichen werden kann;4) Ich habe gerade in dieser Weise einen vollständigen Feudalismus
voraus, wobei der ärmeren Handwerker der Sklave des Kapitals wird;5) Ich habe behauptet, daß nach Abhöhung der Gewerbe-Alester durch
die Magistrate diese sich für Aufhebung des Gewerbegeuges erklärt hätten; auch hier müßte ich mich dagegen erklären, da eine solche Currende bei den
Gewerbe-Genossen nicht curst hat, und schon im vorigen Jahre sich die
Gewerbe-Genossen nicht für Aufhebung des Gewerbegeuges erklärt hatten;6) was den Schlussfall des § 7 über Beschäftigung der Strafgefangenen
anbetrifft, welches ja eben der Cardinal-Punkt ist für die Handwerksfrage,
so sind die Herren darüber zu leicht hinweggegangen. Durch die Schlussho-
merlung „lassen wir die Gefangenen frei“, bin ich zu der Überzeugung ge-
kommen, daß man dem Staat kein Ausgleichsmittel vorzuschlagen wußte,
also der Druck für den Handwerker somit vollständig ist;7) meine individuelle Überzeugung ist die: heißt Euch selbst, so wird
Euch Gott helfen; der Handwerker muß seine Bedürfnisse selbst am besten
kennen; er ist majoren und fähig seine Interessen selbst zu verfechten, er
hat nicht nötig, sich von Nichthandwerkern glücklich machen zu lassen, und
teineswegs lasse ich gelten, was ein Redner bemerkte: wenn der Handwer-
ker das Glück nicht annimmt, so müsse er ein Brett vor dem Kopfe haben;8) hält nun der Vorstand des ersten Gewerbetages diejenigen Männer
aus dem Handwerkerstande, welche für das Gewerbegeuge sind, für reaktionär,
so muß der Vorwurf auf ihn zurück geführt werden, da ja gerade er den
Rückschritt will, und jeder gesehen hat, woher die Gewerbefreiheit führt.

Schließlich spreche ich meine Ansicht dahin aus, daß die Herren blos

bezeichneten, eine Versammlung zusammen zu berufen, welche zwar den Ge-
werbetag als Ausabhängschild hatte, die größtentheils aber von Nichthand-
werkern besucht und geleitet wurde, um eine Petition zu Stande zu bringen

— was ihnen bei den Handwerkern nicht gelungen sein würde.

Carl Pesche, Maurermeister.

Den obigen Ansichten des Herrn Maurermeister Pesche treten wir

vollständig bei:

F. Dels, Wagenbauer. G. Karrasch, Wagenbauer. A. Mücke, Wagen-
bauer. A. Franke, Dreßlermeister. Ad. Jochwitz, Töpfersm. A. Jung-
mann, Zeugschmiedem. Nengensburg, Tapetizer. Vollberg, Seifen-
fieder. Hugo Mattern, Schneiderm. Aug. Mitterne, Schneiderm. Lache, Schmiedem. Schilling, Töpfersm. Haberkorn, Schuhmader-
meister. Ernst Berger, Tischerm. Kosa, Böttcherm. Joseph Thiel,
Tischerm. Baumann, Schieferdecker. Moritz Beyer, Goldar-
beiter. G. Renner, Hof-Tischlermeister. Klink, Klempnermeister.

F. Debley, Tapetizer. Brand, Schloßermeister.

Bestimmend: F. W. Conrad, Mühlensäger. Wilh. Nadewagen,
Brunnen- und Röhremeister. Franz Staudt, Müllermeister in Striegau.Die Verlobung unserer Tochter Leonore
mit dem Kaufmann Dr. Simon Gallevski
hier, beeilen wir uns Verwandten und Be-
kannten statt besonderer Melbung hiermit er-
gebenst anzuseigen. [4491]

Kempen, den 30. April 1862.

Gottschalk Fränkel und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Leonore Fränkel.

Simon Gallevski.

[4484] (Statt besonderer Melbung.)
Unsere am heutigen Tage zu Breslau voll-
zogene ehel. Verbindung zeigen wir hierdurch
allen Freunden und Bekannten ergebenst an.

Sibschw, den 1. Mai 1862.

Otto Immerwahr.

Marie Immerwahr, geb. Guttentag.

Als Verlobte empfehlen sich: [3726]

Pauline Kobitz.

Edouard Jacobowsky.

Kürschnemeister.

Nimpisch, den 1. Mai 1862.

Heute Nachmittag 2½ Uhr wurde meine
Frau Clara, geb. Grempler, von einem
Mädchen schwer aber glücklich entbunden.

Breslau, den 30. April 1862. [4502]

Dr. jur. Glauer.

Todes-Anzeige.Statt jeder besonderen Melbung.
Heute Nacht 1 Uhr endete ein sanfter Tod
die langen und schweren Leiden unsers theu-
ren Gatten, Vater, Schwiegersvaters und
Schwagers, des königl. Lieut. a. D. Ritter ic.
Herrn Edouard Dittmann, im 62. Lebens-
jahr. Um stille Teilnahme an dem so
schmerzlichen Verlust bitten [4499]
die trauernden Hinterbliebenen.
Breslau, den 1. Mai 1862.Vergangene Nacht verschob der seit meh-
ren Jahren bei dem Magistrat beschäftigte
geweihte Wahlmeister und Lieutenant a. D.
Herr Dittmann. Wir verlieren in ihm
einen Collegen, der durch seine Anspruchslo-
sigkeit und Biederkeit sich unsere Achtung und
Zuneigung in hohem Grade erworben hatte.
Breslau, den 1. Mai 1862.**Die Bureau-Beamten des Magistrats,**

Abteilung VIII. [3759]

Familien-Nachrichten.Verlobungen: Fr. Anne Schadom mit
Hrn. Adolof Univ. Guf. Kufenberg in Düs-
seldorf, Fr. Emma Kirsten in Niemegk mit
Hrn. August Rau in Berlin, Fr. Florentine
Schlaug mit Hrn. Rob. Unger in Horst, Fr.
Welsch mit Hrn. Prem. Lieut. Carl
Grethen, Neu-Ruppin und Köln, Fr. Matilde
v. Biethen mit Hrn. Lieut. v. Hertell in
Rostow.Eheliche Verbindungen: Fr. Recter
und Prediger Emil Quanti mit Fr. Anna
Munther in Pyris, hr. Max Spiegel mit
Fr. Jenny Oberwarth in Berlin, hr. Herr-
mann Wolfram mit Fr. Minna Roenisch
das, hr. Dr. F. Sommerfeld in Königsberg
mit Fr. Cécile Matthias aus Potsdam.Geburten: Ein Sohn Hrn. Oberfarrer
Wilhelm Hohenbalk in Liebenose, Hrn. A.
Sommerfeld in Berlin, Hrn. W. Schimming
das, ein toder Knabe Hrn. Prem.-Lieutenant
v. Balluseck das, eine Tochter Hrn. S. A.
Levy in Magdeburg, Hrn. Prediger Hänzel in
Lammendorf.Todesfälle: Hr. Rob. Böhly in Berlin,
Fr. Charlotte Pache, geb. Leisnig in Bär-
walde, hr. F. W. Walter, frisch. Bankdirektor,
in Bernburg, hr. Oberprediger und Con-
sistorial-Nath Chr. v. Hoff in Wernigerode.Sonntagsabend den 3. Mai, Abends 7½ Uhr,
im Logensaal Friedrich zum gold. Zepter
(Antonienstrasse 33):**Soirée musicale**

von H. Fritsch,

unter freundlicher Mitwirkung von Fräulein
Santer, den Herren Lüstner, Hainsch und
Kahl. Billets zu 15 Sgr. bei C. F. Hientzsch,
Kassenpreis 20 Sgr. [3679]**Sommer-Naps**

zur Saat offerirt: [4497]

Emanuel Frenhan, Büttnerstr. 25.

Theater-Reperoire.

Freitag, den 2. Mai. (Kleine Preise.)

Der Troubadour. Oper in 4 Akten,
nach dem Italienischen des Salvatore Cam-
merano von H. Proch. Musik von F. Verbi.(Lucena, Fräul. Merv., vom ständischen
Theater zu Graz, als Gast.)

Sonnenabend, 3. Mai. (Gewöhnl. Preise.)

Erstes Gasspiel der königl. hannov. Hof-
Schauspielerin Frau Niemann-Seebach:
„Faust.“ Tragödie in 6 Akten von Göthe.
Musik von Lindpaintner. (Margarethe,
Frau Niemann-Seebach. Mephistophe-
les, hr. Rainer, vom Hoftheater zu Olden-
bürg, als Gast.)

Sommertheater im Wintergarten.

Freitag, den 2. Mai. (Kleine Preise.)

Appel contra Schwiegersohn, oder:
Eine Ehe mit Hindernissen. Posse
in 3 Akten mit Gelang, nach einem fran-
zösischen Stoffe von A. Bahn. Musik von
A. Conradi. Hierauf: „Sachsen in
Preußen.“ Genrebild mit Gelang und
Lanz in 1 Akt. Anfang des Concerts um
3 Uhr, der Vorstellung um 5 Uhr.

Verein. Δ 5. V. 6. Rec. Δ III.

Wegen eingetretener Heiserkeit kann
mein für Freitag den 2. Mai angekündigtes
Concert erst [3746]**Dinstag den 6. Mai**
stattfinden. **Albertine Meyer.**Den geehrten Herren und Damen meiner
Akademie die Nachricht, dass das Concert
von Fräul. Alb. Meyer erst **nächsten**
Dinstag stattfindet, erteile jedoch nächst-
en Sonnabend 4 Uhr zur Uebung recht
zahlreich zu erscheinen. [3744]

Jul. Hirschberg.

Liebichs Etablissement.

Täglich [3758]

großes Konzert,
mit Ausnahme Dienstag und Mittwoch.Musik ausgeführt von der
Kapelle der Herren König und Wenzel.

Anfang 5 Uhr.

Entree à Person 2½ Sgr. Kinder 1 Sgr.
Bei ungünstiger Witterung
findet das Konzert im Saale statt.

Heute Freitag den 2. Mai: [4505]

5. Abonnement-Konzertder Springerischen Kapelle unter Direktion
des lgl. Musstdirektors Herrn M. Schön.

Zur Aufführung kommt unter Andern:

Sinfonie (Es-dur) von Mozart

und Ouvertüre „Egmont“ von Beethoven.

Entree für Nicht-Abonnenten: Herren 5 Sgr.

Damen 2½ Sgr. Anfang 5 Uhr. Ende 10 Uhr.

Berlin, den 29. April 1862. [3695]

Dr. E. Blume, Hofzahnarzt,

Unter den Linden Nr. 41.

Eine Lebensversicherungs-Police über zwei

tausend Thaler auf eine 60jährige Dame

— als Zahlung bei einem Geschäft gut zu

verwenden — ist zu verkaufen durch den

früheren Gutsbesitzer Herrn

[4511] Krieger,
Kleinburgerstr. Nr. 7.

Eine pupillarsichere Hypothek von 1500 Thlr

mit 4000 Thlr. ausgehend, auf einem länd-
lichen Grundstück bei Breslau haftend, istmit 6 p.C. Verlust zu verkaufen und einzuziehen
bei Altmann, Neuweltgasse Nr. 20,

zu sprechen bis 10 Uhr Vorm. [4490]

Breslau, den 29. April 1862. [3695]

Dr. E. Blume, Hofzahnarzt,

Unter den Linden Nr. 41.

Eine Lebensversicherungs-Police über zwei

tausend Thaler auf eine 60jährige Dame

— als Zahlung bei einem Geschäft gut zu

verwenden — ist zu verkaufen durch den

früheren Gutsbesitzer Herrn

[4511] Adolf Koch's Droguenhandlung.

Zur Baumblüthe nach der Schwedenschanze

laltet der Wirth ergebenst ein. Für gute Bedienung ist bestens Sorge getragen. [4487]

Königs- und Verfassungstreuer Wahlverein.

Wahlmänner-Versammlung im König von Ungarn:

1) Sonnabend den 3. Mai, Abends 7 Uhr.

2) Montag den 5. Mai, Abends 7 Uhr.

Das Wahl-Comite.

Auras, Lehrer an der Realschule. Bürkner, Nebalteur. Freiherr von Falkenhausen, Oberst a. D. Dr. Friedlieb, Professor. Friedrich, Buchdruckereibesitzer. Gliwitzki, Zimmermeister. Goerth, Schlossmeister. von Goertz, Geh. Regierungsrath. Grabowski, Stadtrath. Hetzold, Kaufmann. Hübler, Justizrat. Müller, Odenbaumeister. Nitschke, Post-Direktor. Rösler, Bädermeister. Rother, Posthalter. Ruffer, Geh. Kommerzienrath. Dr. Sachs, Sanitätsrath. Simon, Kaufmann. Somme, Juwelier. Winkler, Rentant. [3755]

Wahlmänner-Versammlung
der Fortschrittspartei

Freitag, den 2. Mai, Abends 8 Uhr, in Meyers (Liebich's) Etablissement.

Oberschlesische Eisenbahn.

Bei heutiger Ausloosung der pro 1862 zu amortisirenden Prioritäts-Aktien und Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn sind gezogen worden:

- 1) Von den Prioritäts-Aktien Litt. A. 50 Stück und zwar die Nr. 10, 40, 52, 166, 243, 275, 382, 497, 567, 584, 627, 759, 793, 900, 926, 1145, 1156, 1269, 1345, 1389, 1418, 1624, 1754, 1813, 1879, 1955, 1998, 2073, 2085, 2202, 2389, 2507, 2508, 2551, 2559, 2561, 2563, 2703, 2738, 2787, 2884, 2900, 3202, 3248, 3336, 3390, 3402, 3488, 3535, 3680.
- 2) Von den Prioritäts-Aktien Litt. B. 101 Stück und zwar die Nr. 7, 91, 156, 389, 666, 680, 1030, 1073, 1330, 1453, 1581, 1658, 1829, 1873, 1903, 2102, 2277, 2426, 2478, 2908, 2936, 2950, 3117, 3191, 3240, 3265, 3269, 3453, 3584, 3789, 3920, 3937, 4140, 4224, 4275, 4366, 4606, 4743, 4769, 4927, 4943, 5030, 5350, 5453, 5735, 5785, 5975, 6117, 6331, 6356, 6357, 6427, 6603, 6628, 6951, 6993, 7086, 7148, 7259, 7392, 7420, 7463, 7494, 7659, 7807, 8080, 8544, 8908, 8969, 8970, 9043, 9106, 9195, 9209, 9709, 9723, 9763, 9840, 10,134, 10,333, 10,641, 10,978, 11,003, 11,116, 11,219, 11,224, 11,282, 11,309, 11,327, 11,461, 11,540, 11,557, 11,655, 11,723, 11,883, 11,926, 11,937, 12,194, 12,409, 12,489, 12,741.
- 3) Von den Prioritäts-Obligationen Litt. C. 91 Stück und zwar die Nr. 16, 70, 188, 334, 349, 362, 535, 676, 913, 951, 1000, 1206, 1353, 1399, 1400, 1500, 1654, 1800, 2013, 2238, 2408, 2602, 2623, 2646, 2941, 3011, 3034, 3273, 3300, 3411, 3598, 3880, 3921, 4051, 4140, 4191, 4455, 4515, 4539, 4584, 4591, 4596, 4689, 4800, 4944, 5297, 5352, 5558, 5612, 5682, 5816, 5917, 6044, 6061, 6101, 6248, 6358, 6713, 7004, 7029, 7059, 7157, 7181, 7433, 7454, 7468, 7533, 7594, 7606, 7644, 7688, 7801, 7885, 8364, 8374, 8438, 8633, 8720, 8757, 8810, 8875, 8898, 9012, 9060, 9186, 9243, 9274, 9490, 9593, 9745.
- 4) Von den Prioritäts-Obligationen Litt. D. 203 Stück und zwar:

15 Stück à 1000 Thlr. Nr. 76, 109, 222, 290, 337, 407, 661, 728, 883, 915, 1355, 1494, 1505, 1983, 1989.

37 Stück à 500 Thlr. Nr. 2072, 2235, 2807, 2891, 3160, 3375, 3490, 3542, 3553, 3639, 3674, 3728, 3899, 4136, 4380, 4439, 4518, 4666, 4694, 4723, 4962, 5333, 5708, 5716, 5798, 5841, 5867, 6090, 6232, 6329, 6487, 6551, 6737, 6871.

151 Stück à 100 Thlr. Nr. 7053, 7196, 7248, 7461, 7512, 7626, 7644, 7974, 8217, 8303, 8395, 8445, 8585, 8589, 8686, 8707, 8764, 8912, 9011, 9059, 9576, 9622, 9675, 10,272, 10,412, 10,449, 10,626, 10,753, 10,855, 10,876, 10,956, 11,459, 11,477, 11,478, 11,622, 11,698, 11,811, 11,975, 12,207, 12,252, 12,339, 12,430, 12,656, 12,817, 13,104, 13,144, 13,145, 13,226, 13,230, 13,348, 13,618, 13,623, 13,647, 13,673, 13,966, 14,014, 14,072, 14,115, 14,246, 14,437, 14,442, 14,690, 15,138, 15,241, 15,267, 15,318, 15,688, 15,743, 15,907, 15,910, 16,139, 16,149, 16,173, 16,227, 16,324, 16,346, 16,519, 17,353, 17,650, 17,663, 17,821, 17,842, 17,845, 17,967, 18,040, 18,181, 18,213, 18,363, 18,451, 18,458, 18,558, 18,688, 18,687, 18,725, 18,737, 19,034, 19,245, 19,363, 19,379, 19,382, 19,695, 19,701, 19,733, 19,933, 20,034, 20,121, 20,317, 20,414, 20,452, 20,498, 20,539, 20,643, 21,147, 21,148, 21,622, 21,636, 21,689, 22,085, 22,101, 22,102, 22,103, 22,162, 22,489, 22,588, 22,734, 23,029, 23,059, 23,096, 23,368, 23,748, 23,960, 24,026, 24,849, 24,904, 25,351, 25,385, 25,649, 25,665, 25,815, 25,969, 26,291, 26,473, 26,522, 26,550, 26,557, 26,558, 26,773, 26,775, 26,892, 26,898.

Die Inhaber dieser Aktien resp. Obligationen werden aufgefordert, die Valuta dafür vom 1. Juli d. J. an unter Auslieferung der Aktien und Obligationen nebst den Coupons über die Schecks vom 1. Juli d. J. ab bei unserer Hauptkasse auf dem hiesigen Bahnhofe in den gewöhnlichen Geschäftsstunden in Empfang zu nehmen, indem wir ausdrücklich bemerken, daß mit jenem Tage die Verzinsung der ausgelosten Aktien und Obligationen aufhort.

Von den im Jahre 1861 und früher ausgelosten Prioritäts-Aktien und Obligationen sind bisher zur Einlösung nicht präsentiert:

I. Prioritäts-Aktien Litt. A. ex 1859 Nr. 3691.

II. Prioritäts-Aktien Litt. B. ex 1861 Nr. 2971.

III. Prioritäts-Obligationen Litt. C. ex 1858 Nr. 1995.

IV. Prioritäts-Obligationen Litt. D. à 1000 Thlr. ex 1861 Nr. 1244. — à 500 Thlr. ex 1859 Nr. 2077. — à 100 Thlr. ex 1857 Nr. 20,490. — ex 1858 Nr. 14,774. — ex 1861 Nr. 7269, 15,099.

Die Inhaber derselben werden zur Erhebung der Valuta gegen Ablieferung der Aktien und Obligationen nebst Zinscoupons wiederholt aufgefordert.

Von den im Jahre 1861 und früher ausgelosten Prioritäts-Aktien und Obligationen sind, so weit dieselben zur Einlösung gekommen, im heutigen Termint durch Feuer verichtet worden:

von den Prioritäts-Aktien Litt. A. 50 Stück,
" " Prioritäts-Aktien Litt. B. 109 Stück,
" " Prioritäts-Obligationen Litt. C. 81 Stück,
" " Prioritäts-Obligationen Litt. D. und zwar
den Apontis à 1000 Thlr. 17 Stück,
" " à 500 Thlr. 39 Stück,
" " à 100 Thlr. 188 Stück.

Breslau, den 29. April 1862.

Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

[3741]

Königliche Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Zur Verpachtung von sechs auf der Station Kaiserswalde eingerichteten Kohlen-Lagerplätzen von je 14 □ R. Flächenraum haben wir einen Submission-Termin auf Sonnabend den 3. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr, in unserm hiesigen Central-Bureau anberaumt, zu welchem Pachtstüsse ihre Offerten frankt und verfiegt mit der Aufschrift:

"Submission zur Pachtung von Kohlenplätzen in Kaiserswalde"

an uns einreichen wollen.

Die Pachtbedingungen nebst Situationszeichnung liegen in unserm Central-Bureau, so wie bei den Stations-Büros zu Bunzlau, Kaiserswalde, Liegnitz und Breslau zur Einsicht aus.

Berlin, den 20. April 1862.

[3503]

Königliche Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Übersichtliche Zusammenstellung der monatlichen Geschäftsergebnisse in den J. 1861 u. 1862.

Prämien-Einnahme.

[3629]

1861.		1862.	
Versicherungs- summe.	Prämie.	Versicherungs- summe.	Prämie.
bis ultimo Februar	553,746,529	1,033,348	1/11
im März	35,260,925	108,048	12 —
bis ult. März	589,007,454	1,141,396	14/11
davon ab Rückversicher.-Prämie und Ristorni bis ult. März	119,780,743	366,069	7 —
Für eigene Rechnung also bis ultimo März	469,226,711	775,327	7/11
Es ist mithin im Jahre 1862 bis ultimo März: die Versicherungssumme Brutto um 129,600,586 Thlr. für meine Rechnung um 121,752,608			
die Prämien-Einnahme Brutto um 119,125			12 Sgr.
für eigene Rechnung um 105,016			14 —
gegen das Vorjahr gestiegen.			

Brandshäden.

[3629]

1861.		1862.	
Bahl. der Schä. den. Schr. gefeil. Ühr.	Dafür sind Brutto in Rückversicherung wirtschaftl. bezahlte Thir. Sat. Pf.	Solche sind Brutto in Rückversicherung abzählig gefeil. Ühr.	Solche kosten voraus. Rückversicherung abzählig gefeil. Ühr.
bis ultimo Februar	138,846	91,307	1/1
im März	71,753	41,407	26/10
bis ultimo März	470	210,599	132,714/27/11
Die bis ultimo März eingetretenen Brandshäden kosteten der Gesellschaft für eigene Rechnung also voraussichtlich 40,000 Thlr. mehr als im Vorjahr.		523	274,908
Magdeburg, den 22. April 1862.			173,000

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

für den Verwaltungsrath:

M. Schubart.

Der General-Direktor

Frd. Knoblauch.

Hagel-Versicherung

besorgt das

[3109]

Schlesische Landwirthschaftliche Central-Comptoir.

„Stettiner“ Portland-Cement
empfohlen: [4488] Bartsch und Linnicke, Büttnerstraße Nr. 25.

Wilhelmsbahn.

Bei der am 26. April d. J. stattgefundenen Verlosung der in diesem Jahre zu amortisirenden Prioritäts-Obligationen der Wilhelmsbahn sind gezogen worden: [3731]

A. Von den Obligationen I. Emission

30 Stück der Serie I. zu 100 Thlr., und zwar die Nummern: 341, 423, 448, 481, 807, 996, 1027, 1077, 1099, 1104, 1111, 1388, 1565, 1568, 1914, 2063, 2105, 2239, 2485, 2577, 2783, 2816, 2910, 3032, 3051, 3086, 3428, 3456, 3631, 3697.

Ein Ballen Strohpapier

gewöhnlich Format 2 Thlr. 5 Sgr., größeres Format 2 Thlr. 10 Sgr., empfiehlt die Papier-Handlung J. Brück, Nikolaistraße Nr. 5.

Bekanntmachung. [661]
In unser Firmen-Register sind folgende Firmen sub Nr. 15 Louis Heimann, und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Heimann zu Ohlau; Nr. 16 Fabrit zum Watt Louis Heimann, und als deren Inhaber der Kaufmann Louis Heimann zu Ohlau am 26sten April 1862 eingetragen worden.

Ohlau, den 26. April 1862.

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 10 die Firma Moritz Frankenstein zu Waldenburg, und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Frankenstein am 26. April 1862 eingetragen worden.

Waldenburg, den 26. April 1862. [662]

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 14 die Firma Herrmann Schwartag zu Waldenburg, und als deren Inhaber der Kaufmann Herrmann Schwartag am 26. April 1862 eingetragen worden.

Waldenburg, den 26. April 1862. [663]

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung [660]
In dem Konkurs über das Vermögen der Busenwähndlerin Ernestine Boehm zu Glaz, ist zur Verhandlung und Beschliffnung über einen Alford anderweit Termin auf

Montag den 16. Juni 1862, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar im Termesszimmer Nr. 16 des hiesigen Gerichts-Lokales anberaumt worden.

Die Beteiligten werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, so weit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschliffnung über den Alford berechtigen.

Glaz, den 24. April 1862.
Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses: Wollny.

Nothwendiger Verkauf.
Kreis-Gericht zu Trebnitz.

Die dem Ackerbürger Heinrich Stock hierzelbst gehörigen Grundstücke:

1. die Freigärtnerstelle Nr. 32 zu Polnisch-dorf, taxirt auf 2340 Thlr.
2. Das Ackerstück Nr. 39, Trebnitzer Acker, taxirt auf 2935 Thlr.
3. das Ackerstück Nr. 44, Trebnitzer Acker, taxirt auf 1465 Thlr.

zusammen abgeschäft auf 6740 Thlr., zufolge der nebst Hypothekenchein in dem Bureau III. a einzuführenden Taxe sollen

am 5. November 1862, Vormittags um 11 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle im Parteien-Zimmer Nr. III.

subbstattir werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-

Gericht anzumelden. [659]

Trebnitz, den 14. April 1862.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

[653] **Bau-Verdingung.**

Die Ausführung des Neubaues eines Scheunen-Gebäudes auf dem königl. Domänen-Amt Kottwitz, Kreis Breslau, soll öffentlich mindestfordend verdungen werden. Zu dieser Verdingung ist ein Termin auf den 6. Mai, Vormittags 11 Uhr, in dem Bureau des Unterzeichneten, Bahnhofstraße 6b anberaumt, zu welchen qualifizierte cautious-fähige Unternehmer eingeladen werden.

Der genehmigte Kosten-Aufschlag und Zeichnung so wie die vorchristlichen Bedingungen können während der üblichen Dienststunden im Bureau des Unterzeichneten auch beim Termine eingesehen werden.

Breslau, den 30. April 1862.

Der königl. Bau-Inspector Milczewski.

Das zu Ober-Salzbrunn bei Freiburg in Schlesien belegene, etwa 2½ Morgen große, zu Gartenanlagen besonders gut geeignete Grundstück, welches aus einem herbstlich eingerichteten, 20 Piecen enthaltenden Wohnbau, Nebengebäude mit Kutscherwohnung, Stallung und Wagenremise besteht und 10 Minuten von dem Kurhaus entfernt ist, soll in Bege der öffentlichen Licitation verkauft werden. [3728]

Im Auftrage des Eigentümers habe ich zu diesem Zwecke einen Termin auf den 31. Mai d. J., Nachmittag 2 Uhr, in meinem Bureau anberaumt.

Die näheren Bedingungen bin ich auf französische Anfragen mitzuteilen bereit.

Freiburg i/Schles., den 26. April 1862.

Der Rechts-Anwalt Herrmann.

[647] **Bekanntmachung.**

Mittwoch, d. 7. Mai d. J. *) Vormittags 9 Uhr, soll in meiner Wohnung, Bahnhofstraße Nr. 7b, die Aufführung der neuen Eindedung des hiesigen königl. Polizei-Präsidial-Gebäudes in englischem Schiefer, öffentlich durch Licitation vergeben werden. Der Anschlag und die Bedingungen sind vorher einzuheben.

Breslau, den 29. April 1862.

Der königl. Landbaumeister Hesse.

*) Nicht Dinstag, den 6. Mai, wie früher angezeigt worden ist.

Der vergrößerte Betrieb macht es möglich, daß von dem gegenwärtigen Bestande an Drainröhren in allen Dimensionen, Krippenjiegeln und Wölbeziegeln bald abgegeben werden kann, und daß Bestellungen in kurzer Zeit zur Ausführung kommen können. [4485]

Ruppertsdorf, den 1. Mai 1862.

Die Ziegelei-Verwaltung.

Hochrothe Mess. Apfelsinen

empfiehlt und empfiehlt 20, 24 und 30 Stück

für 1 Thlr. [4504]

Messin. Citronen, 12 Stück für 9 Sgr.

Paul Neugebauer,

Oblauerstraße 47,

schrägeüber der General-Landschaft.

Der Gehörarzt E. Vindner aus Liegnitz wird für seine geehrten Patienten Montag und Dienstag den 5. u. 6. Mai in Breslau im Gasthof zum weißen Ross Nikolaistraße von Früh 8 U. bis Nachm. um 5 Uhr zu sprechen sein.

Breslau, den 26. April 1862.

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 10 die Firma Moritz Frankenstein zu Waldenburg, und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Frankenstein am 26. April 1862 eingetragen worden.

Waldenburg, den 26. April 1862. [662]

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 14 die Firma Herrmann Schwartag zu Waldenburg, und als deren Inhaber der Kaufmann Herrmann Schwartag am 26. April 1862 eingetragen worden.

Waldenburg, den 26. April 1862. [663]

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung [660]

In dem Konkurs über das Vermögen der Busenwähndlerin Ernestine Boehm zu Glaz, ist zur Verhandlung und Beschliffnung über einen Alford anderweit Termin auf

Montag den 16. Juni 1862, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar im Termesszimmer Nr. 16 des hiesigen Gerichts-Lokales anberaumt worden.

Die Beteiligten werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, so weit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschliffnung über den Alford berechtigen.

Glaz, den 24. April 1862.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Konkurses: Wollny.

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht zu Trebnitz.

Die dem Ackerbürger Heinrich Stock hierzelbst gehörigen Grundstücke:

1. die Freigärtnerstelle Nr. 32 zu Polnisch-dorf, taxirt auf 2340 Thlr.
2. Das Ackerstück Nr. 39, Trebnitzer Acker, taxirt auf 2935 Thlr.
3. das Ackerstück Nr. 44, Trebnitzer Acker, taxirt auf 1465 Thlr.

zusammen abgeschäft auf 6740 Thlr., zufolge der nebst Hypothekenchein in dem Bureau III. a einzuführenden Taxe sollen

am 5. November 1862, Vormittags

um 11 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle im Parteien-Zimmer Nr. III.

subbstattir werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-

Gericht anzumelden. [659]

Trebnitz, den 14. April 1862.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

[653] **Bau-Verdingung.**

Die Ausführung des Neubaues eines Scheunen-Gebäudes auf dem königl. Domänen-Amt Kottwitz, Kreis Breslau, soll öffentlich mindestfordend verdungen werden. Zu dieser Verdingung ist ein Termin auf den 6. Mai, Vormittags 11 Uhr, in dem Bureau des Unterzeichneten, Bahnhofstraße 6b anberaumt, zu welchen qualifizierte cautious-fähige Unternehmer eingeladen werden.

Der genehmigte Kosten-Aufschlag und Zeichnung so wie die vorchristlichen Bedingungen können während der üblichen Dienststunden im Bureau des Unterzeichneten auch beim Termine eingesehen werden.

Breslau, den 30. April 1862.

Der königl. Bau-Inspector Milczewski.

Das zu Ober-Salzbrunn bei Freiburg in Schlesien belegene, etwa 2½ Morgen große, zu Gartenanlagen besonders gut geeignete Grundstück, welches aus einem herbstlich eingerichteten, 20 Piecen enthaltenden Wohnbau, Nebengebäude mit Kutscherwohnung, Stallung und Wagenremise besteht und 10 Minuten von dem Kurhaus entfernt ist, soll in Bege der öffentlichen Licitation verkauft werden. [3728]

Im Auftrage des Eigentümers habe ich zu diesem Zwecke einen Termin auf den 31. Mai d. J., Nachmittag 2 Uhr, in meinem Bureau anberaumt.

Die näheren Bedingungen bin ich auf französische Anfragen mitzuteilen bereit.

Freiburg i/Schles., den 26. April 1862.

Der Rechts-Anwalt Herrmann.

[647] **Bekanntmachung.**

Mittwoch, d. 7. Mai d. J.) Vormittags 9 Uhr, soll in meiner Wohnung, Bahnhofstraße Nr. 7b, die Aufführung der neuen Eindedung des hiesigen königl. Polizei-Präsidial-Gebäudes in englischem Schiefer, öffentlich durch Licitation vergeben werden. Der Anschlag und die Bedingungen sind vorher einzuheben.

Breslau, den 29. April 1862.

Der königl. Landbaumeister Hesse.

*) Nicht Dinstag, den 6. Mai, wie früher angezeigt worden ist.

Der vergrößerte Betrieb macht es möglich, daß von dem gegenwärtigen Bestande an Drainröhren in allen Dimensionen, Krippenjiegeln und Wölbeziegeln bald abgegeben werden kann, und daß Bestellungen in kurzer Zeit zur Ausführung kommen können. [4485]

Ruppertsdorf, den 1. Mai 1862.

Die Ziegelei-Verwaltung.

Hochrothe Mess. Apfelsinen

empfiehlt und empfiehlt 20, 24 und 30 Stück

für 1 Thlr. [4504]

Messin. Citronen, 12 Stück für 9 Sgr.

Paul Neugebauer,

Oblauerstraße 47,

schrägeüber der General-Landschaft.

Der Gehörarzt E. Vindner aus Liegnitz wird für seine geehrten Patienten Montag und Dienstag den 5. u. 6. Mai in Breslau im Gasthof zum weißen Ross Nikolaistraße von Früh 8 U. bis Nachm. um 5 Uhr zu sprechen sein.

Breslau, den 26. April 1862.

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 10 die Firma Moritz Frankenstein zu Waldenburg, und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Frankenstein am 26. April 1862 eingetragen worden.

Waldenburg, den 26. April 1862. [662]

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 14 die Firma Herrmann Schwartag zu Waldenburg, und als deren Inhaber der Kaufmann Herrmann Schwartag am 26. April 1862 eingetragen worden.

Waldenburg, den 26. April 1862. [663]

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung [660]

In dem Konkurs über das Vermögen der Busenwähndlerin Ernestine Boehm zu Glaz, ist zur Verhandlung und Beschliffnung über einen Alford anderweit Termin auf

Montag den 16. Juni 1862, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar im Termesszimmer Nr. 16 des hiesigen Gerichts-Lokales anberaumt worden.

Die Beteiligten werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, so weit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschliffnung über den Alford berechtigen.

Glaz, den 24. April 1862.

<b